Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 198 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.— Mk. einschließlich Bringerlohn. Frei Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 13.50, monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Dienstag, den 24. August 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf.; Reklame im Textteil 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 20% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang

Aus der oberschlesischen Wetterecke.

Eine Regierungserklärung über Oberschlesien.

Berlin, 23. August. (WTB.) Amtliche Meldung. Nachdem gestern bereits eine Besprechung beim Herrn Reichspräsidenten stattgefunden hatte, beschäftigte sich heutige Kabinettssitzung wiederum mit der oberschlesischen Frage. Die Vorgänge der letzten Tage wurden eingehend durchgesprochen und alle Mittel erörtert, in diesem Gebiet möglichst bald ruhige Zustände zu schaffen. Nach dem Friedensvertrag liegt es der Interalliierten Kommission ob, Ruhe und Ordnung in den Abstimmungsgebieten zu erhalten. Die Reichsregierung bedauert aufs tiefste, daß weite Teile von Oberschlesien sich in der tatsächlichen Gewalt polnischer Insurgenten befinden und dadurch eine Lage eingetreten ist, welche unsere schlesischen Brüder in Bedrängnis bringt. Die Friedensarbeit, namentlich die Kohlenförderung stockt und die für das gesamte europäische Wirtschaftsleben so wichtige Leistungsfähigkeit des Landes ist gefährdet. Die Reichsregierung hat durch ihre Vertreter bei der Interalliierten Kommission in Oberschlesien und durch ihre Botschafter in Rom, London und Paris Vorstellungen erhoben und verlangt, daß die Interalliierte Kommission mit völliger Unparteilichkeit und mit allen Mitteln gegen den von langer Hand durch polnische Agitation vorbereiteten Aufstand vorgehe und das Leben und Eigentum der deutschen Bevölkerung schütze.

Die interalliierte Kommission in Oppeln hat erklärt, daß sie den gegenwärtigen Aufstand als eine Auflehnung gegen ihre Regierungsgewalt ansehe. Sie sei entschlossen, mit Nachdruck gegen die Aufständigen vorzugehen, ihre Entwaffnung durchzuführen und für schleunige Herstellung geordneter Zustände sowie für den Schutz der wehrlosen Bevölkerung Sorge zu tragen. Die deutsche Regierung hofft, daß es der interalliierten Kommission gelingen wird, diese Zusage zu erfüllen und dem ihr anvertrauten Land in Kürze die Ruhe wiederzugeben. Sie richtet ihrerseits an die Bevölkerung von Oberschlesien die dringende Bitte, sich ruhig zu verhalten und durch keinerlei Unbesonnenheit irgendwie zu neuen Unruhen zu reizen. Die Bevölkerung Oberschlesiens kann versichert sein, daß die deutsche Regierung die oberschlesischen Interessen mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln vertreten wird und daß sie sich auf Gedeih und Verderb mit Oberschlesien verbunden fühlt und nicht stillschweigend hinnehmen wird, daß auch nur ein Fuß breit oberschlesischen Bodens durch gewaltsame Maßnahmen entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages und gegen den Willen der Bevölkerung vom deutschen Reiche getrennt wird.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 24. August. Soweit die „Voss. Ztg." unterrichtet ist, hat sich im oberschlesischen Industriegebiet, namentlich in Kattowitz und Beuthen, seit Sonntag nichts verändert. In Oberschlesien, schreibt die „Deutsche Allgem. Zeitung", ist die Lage nach wie vor eine äußerst ernste. Allerdings haben die Zusammenstöße in den letzten Tagen etwas abgenommen, was in den meisten Fällen dem Eingreifen der Entente-Kommission zu danken gewesen ist.

Nach dem „Berliner Tageblatt" liegen 28 Schächte vollständig still, auf den anderen wird von 15 bis 27 Prozent der Belegschaft nicht gearbeitet. Die Kohlenförderung ist auf mehr als die Hälfte gesunken.

Der Preußische Pressedienst teilt unter dem 29. Aug. mit: Die Hundertschaft in Nikolai ist von den Franzosen entwaffnet worden. Der Hergang war etwa folgender: Sonnabend 6 Uhr nachmittag erhielt die Hundertschaft von den Insurgenten die Aufforderung zu kapitulieren. Der Hundertschaftsführer lehnte ab und bat den Führer einer französischen Kompagnie, die in Nikolai lag, auf Grund einer Anweisung des Oberst Caputh, ihm zu helfen. Der französische Kompagnieführer lehnte die Unterstützung ab mit dem Hinweis, er sehe keine Notlage. Statt dessen besuchte der Kapitän eine polnische Stadtverordnetenversammlung. Sonntag vormittag rückte die französische Kompagnie nach Kattowitz ab. Dringende Vorstellungen des Hundertschaftsführers beim Kreiskontrolleur auf Belassung der Kompagnie führten zu keinem Erfolg. Da der Hundertschaftsführer ohne Unterstützung Nikolai nicht halten konnte, rückte er mit der zurückgebliebenen Bagage der französischen Kompagnie ab. Drei Kilometer von Nikolai, im Walde von Kamionka, konnte die Hundertschaft, eingeschlossen von den Insurgenten, nicht weitermarschieren. Auf Bitten des Hundertschaftsführers um Unterstützung kam aus Kattowitz ein Kraftwagen mit einem französischen Offizier, der jegliche Hilfe durch französische Truppen ablehnte. Dagegen erklärte er sich bereit, nach Waffenabgabe die Hundertschaft nach Kattowitz durch die Insurgenten zu bringen. Nach langem Sträuben mußte der Hundertschaftsführer sich dem französischen Offizier fügen. In Kattowitz angelangt, verlangte der Hundertschaftsführer die Rückgabe der Waffen. Sie wurde verweigert und die Beamten wurden von französischen Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr in ein Barackenlager verbracht und dort interniert. Die Stimmung der gesamten Sicherheitspolizeibeamten über die Behandlung durch die Franzosen ist bevorzugt. Ich bin bemüht in die Abstimmungspolizei eintreten wird.

Die nötigen Schritte deshalb sind beim Auswärtigen Amt bereits unternommen worden.

Kattowitz, Beuthen und Rybnik sind von den Insurgenten eingeschlossen, bis auf die Stadt Rybnik ist überhaupt der ganze Kreis Rybnik in ihren Händen.

In der Streiklage ist bisher keine Besserung eingetreten. Am Sonnabend, den 21. August, streikten bereits 90 Prozent aller oberschlesischer Gruben, die Notstandsarbeiten werden überall verrichtet. Am Sonnabend wurden noch ca. 50 000 Tonnen Kohle gefördert, während sonst 110 bis 112 000 Tonnen täglich gefördert werden. Heute wird das Ergebnis voraussichtlich noch geringer sein.

WTB. Beuthen, 23. August. Soweit sich aus den bis mittag vorliegenden Meldungen ergibt, sind der ganze Kreis Rybnik, außer der Stadt Rybnik, der ganze Kreis Pleß mit der Stadt Pleß, der Landkreis Kattowitz, Landkreis Beuthen und Landkreis Tarnowitz durchweg in polnischer Hand. Die Städte Gleiwitz, Kattowitz, Beuthen, Königshütte usw. bilden zurzeit noch wenige Inseln. Aus den besetzten Teilen unternehmen die Polen ständig Vorstöße nach diesen Orten. In dem besetzten Gebiet sind heute Maueranschläge in zwei Sprachen erschienen, worin zur Bildung von Selbstkomitees aus der einheimischen ortsansässigen Bevölkerung aufgefordert wird. Die Führer dieser Komitees verpflichten sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für Ruhe und Ordnung zu sorgen und die Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben in die Wege zu leiten. Ansammlungen von mehr als fünf Personen sind verboten, sämtliche Waffen und Munition sind sofort abzugeben.

WTB. Beuthen, 23. August. Pleß und Soran sind gestern von den Polen besetzt worden.

Oberschlesien.

Das scheußliche Gemetzel der Menschen untereinander, das 4½ Jahre lang die Welt erfüllte, will und will nicht zu Ende gehen, trotz aller Waffenstillstände und Friedensverträge. Von Zeit zu Zeit scheint es, als wenn es mit einem plötzlichen Ruck sich wieder auch über die ganze Welt verbreiten wollte, nachdem es eine Weile nur im Osten getobt und gewütet hat.

Jetzt leben wir wieder in einer solchen Zeit. Hatte schon der plötzliche, vorwärtsstürmende Siegeslauf der Russen uns diese Gefahr gezeigt, so ist sie uns jetzt noch deutlicher zum Bewußtsein gekommen, durch die Ereignisse der vergangenen Woche in Oberschlesien. Ein Blitz hatte das ganze Gebiet in Brand gesetzt und dieser Blitz ging aus wieder von dem immer noch tobenden Krieg zwischen Polen und Rußland.

Mögen die Lesarten über die ersten Vorgänge in Kattowitz, die dann wieder zur Vernichtung von vielen Menschenleben sich auswuchsen, noch so verschieden sein, ein Bestimmtes liest man aus allem heraus, daß der Wille zur Aufrechterhaltung der Neutralität Oberschlesiens von den alliierten Besatzungstruppen und auch von den in Oberschlesien wohnenden Polen nicht genügend respektiert worden ist. Immer wieder mußte die deutsche Bevölkerung bemerken, daß ihre Befürchtungen, daß von den beiden genannten Parteien zugunsten Polens gehandelt wurde, berechtigt waren.

Deshalb kam es zur Aufhaltung von Transportzügen und zu den Demonstrationen der organisierten Arbeiterschaft, an den sich dann die gesamte deutsche Bevölkerung beteiligte, zum Mißvergnügen der Besatzungstruppen. — Jetzt, nachdem erst Ströme von Blut geflossen sind, scheinen diese eine pflichtgemäßere Haltung einzunehmen, scheint sich auch die Bevölkerung ein wenig zu beruhigen.

Doch die Gefahren sind noch lange nicht vorbei, die tiefsten Ursachen, die zu diesen Vorfällen führten, bleiben weiter bestehen. Der Krieg zwischen Polen und Rußland droht sich noch länger hinzuziehen. Die alliierten Regierungen, vor allem die französische, ließen noch nichts verlauten, in welcher Form sie diese Ereignisse zur Kenntnis nehmen würden. Auch von dieser Seite können wir uns noch auf Ueberraschungen gefaßt machen. Aber die Hauptsache, das Gefühl der Verlassenheit, das Gefühl, wehrlos der polnischen Gewalt ausgeliefert zu sein, hat sich in den Herzen der Oberschlesier verstärkt. Die ganze Unsicherheit ihrer Lage bis zur Abstimmung im Oktober wird dieses Gefühl noch verstärken.

Nun taucht der Ruf auf, den Abstimmungstermin zeitiger zu legen. Nur eine Entscheidung über die fernere Zugehörigkeit zu Deutschland, Gewißheit über die Zukunft des Landes könne eine Entspannung der Lage bringen. Gewiß ist es möglich, daß die Abstimmung für den Augenblick eine Erleichterung bringen wird, wenn vorher auch noch manche Unruhen zu überstehen sein werden. Aber auf die Dauer wird auch diese, und wenn das Votum für Deutschland noch so groß sein sollte, keine dauernde Beruhigung bringen.

Es sind doch die Kohlenschätze, die den Wert Oberschlesiens ausmachen. Nach diesen Schätzen giert Polen. Selbst wenn die Bevölkerung sich für Deutschland entscheiden würde, so ist doch nicht von der Hand zu weisen, daß jede Aenderung in der politischen Lage des Ostens diese Frage wieder von neuem aufrollen wird. Wer kann sagen, welche Aenderungen dort eintreten werden, welche Resultate die Entwicklung dort zeitigen wird.

Der Osten wächst sich zu der Wetterecke Europas aus, wie es früher der Balkan gewesen ist. Wenn Polen groß und lebensfähig werden will, wird es immer nach dem Besitz der Kohlengebiete streben, ganz gleichgültig, wie die Abstimmung dort ausfallen wird. Jedesmal, wenn eine Aenderung der politischen Machtverhältnisse ausgetragen werden wird, sei es nun auf diplomatischem oder auf kriegerischem Gebiete, immer wird dabei das Verlangen Polens nach dem Besitz Oberschlesiens auftauchen.

Unter solchen Umständen eine Haltung zu bewahren und Handlungen zu vermeiden, die eine Wiederholung solcher Vorgänge vermeiden, Vorgänge, die ebenso wie die Schüsse von Serajewo (1914) neuen Krieg auslösen können, würde nur eine Bevölkerung imstande sein, die in überwiegender Mehrzahl sozialistisch denkt und fühlt und auch danach handelt. In Oberschlesien und im neuerstandenen Polen. Eine sozialistische Bevölkerung, die fest zu ihren Vertretern und Vertrauensleuten steht und ihnen folgt. Aber wir wissen alle aus Erfahrung, solche sturmbewegten Zeiten lassen oft Elemente an die Oberfläche gelangen, die von ehrgeizigen Gefühlen beseelt, ein aufgeregtes Volk noch mehr erregen, statt die starken Gefühle zum Besten des Ganzen nutzbar zu machen.

So besteht die große Gefahr, daß diese Ereignisse von reaktionär und chauvinistisch gesinnten Kreisen ausgenutzt werden für ihre Werke. Diese Leute sind geschickt genug, solchen brennenden Tagesfragen der örtlichen Politik einen Anstrich zu geben, daß alle Erfolge

Polen lehnt die russischen Bedingungen ab.

Warschau, 22. August. Aus Minsk ist über Moskau hier ein Funkspruch eingetroffen, demzufolge die sowjetrussische Abordnung bei der Prüfung der Vollmachten Schwierigkeiten gemacht, schließlich aber doch die Verhandlungen begonnen hat. Die von den bolschewistischen Vertretern gestellten Bedingungen, die allein aus der Moskauer Presse bekannt geworden sind, sind in gewissen Punkten härter als die, welche durch Kamenew der englischen Regierung mitgeteilt worden sind. Die Bedingungen werden natürlich von der polnischen Regierung nicht angenommen werden. Die polnische Abordnung hat den Empfang der Funksprüche, die die polnische Regierung täglich direkt nach Minsk und gleichzeitig über die Vermittlungsstation Moskau dorthin sendet, nicht bestätigt, man muß daher annehmen, daß die Funkverbindung Warschau—Minsk auf Schwierigkeiten stößt, wohl die Sowjetregierung freie Verbindung zugesichert hat. In der Nacht zum 21. August um 2 Uhr wurde an Moskau folgender Funkspruch gesandt: An Tschitscherin, Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten. Ich bestätige den Empfang Ihres Funkspruches vom 19. d. M., worin freie Verbindung mit unserer Abordnung verlangt wird, sowie Uebermittlung der Funksprüche unserer Abordnung durch Moskau. Ich stelle fest, daß der Funkspruch unserer Abordnung, den Moskau übermittelte, die Nr. 2 trägt, wonach die Nr. 1 also nicht übermittelt worden ist. Die direkte Funkverbindung mit Minsk ist dauernd gestört. Da ich an die loyale Ausführung Ihres gegebenen Versprechens glaube, bitte ich Sie, die nötigen Maßnahmen zu treffen, um eine freie Verbindung zu gewährleisten, ohne die unsere Abordnung keinen schnellen Waffenstillstand abschließen kann. gez. Sapieha.

Paris, 23. August. Nach einer Havas-Meldung aus Riga sollen die Vorfriedens-Waffenstillstands-Verhandlungen nicht voranschreiten. Man versichert, daß die Waffenstillstands-Verhandlungen weitergeführt werden können, aber unter Bedingungen, die ein Vorgehen der russischen Armee gegen General Wrangel unmöglich machen.

Kopenhagen, 22. August. Aus Warschau wird berichtet: Die polnischen Delegierten sind nach Minsk mit folgendem Programm abgereist: Polen beanspruht für sich nur die Gebiete, die von einer polnischen und katholischen Bevölkerungsmehrheit bewohnt werden. Polen wird jedoch sein Interesse für das Schicksal der Bevölkerung des alten Königreichs Polen dadurch beweisen, daß es für sie freies Selbstbestimmungsrecht verlangt. Die Sowjetregierung muß volle Garantien in diesem Punkte leisten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200824-16/fragment/page=0001

ihnen zugute kommen, wie es zum großen Teil bei der Abstimmung in Ost- und Westpreußen geschehen ist. Die arbeitende Bevölkerung aber, die Schichten, die stets im politischen Gegensatz zu den Reaktionären stehen, sind nicht so gewissenlos wie diese. Sie stellen die Heimat über die Partei und müssen es dann erleben, wie dadurch ihre guten Absichten in das Gegenteil umgekehrt werden.

Das gesamte arbeitende Volk muß die Augen aufmachen. Wir dürfen keine Politik des Hasses und der Vergeltung treiben lassen. Sie führt zu nichts Gutem, sondern besorgt nur die Geschäfte der deutschen wie der ausländischen Reaktion und treibt das Deutsche Reich der weiteren Auflösung entgegen.

Die Entwaffnung der Bevölkerung.

Der parlamentarische Beirat zur Ausführung des Entwaffnungsgesetzes beriet am Sonnabend in vielstündiger Sitzung über die ersten Ausführungsbestimmungen für das Gesetz. In der allgemeinen Aussprache wurde von den Sozialdemokraten sofort die Frage der „Orgesch" angeschnitten. Von deutschnationaler Seite wurde darauf verwiesen, daß der Reichskommissar mit dieser Organisation nichts zu tun habe, da es sich um einen Verein handle. Das Verlangen, gegen sie vorzugehen, sei ebenso ungesetzlich wie das Vorgehen des preußischen Ministers des Innern und der Oberpräsidenten, die durch ihre Maßnahmen das Koalitionsrecht breiter Schichten der Bevölkerung beeinträchtigten. Die Mehrheit des Ausschusses und der Vorsitzende erkannten an, daß die Beratung und Entscheidung dieser Frage nicht zur Kompetenz des Beirats gehören. Nach eingehender Beratung wurde die Bestimmung gestrichen, die erneut die eidesstattliche Versicherung des Anmeldenden verlangte. Auf deutschnationalen Antrag wurde gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen die Bestimmung eingefügt:

„Für einzeln liegende Gemeinden und Gehöfte sind vor ihrer Entwaffnung die zu ihrem Schutze erforderlichen Maßnahmen zu treffen."

Zum § 5, der festsetzt, wohin die Waffen abzuliefern sind, wurde eine Abänderung beschlossen, die dem Reichskommissar das Recht gibt, diese Stellen zu bestimmen, sofern er die Ortsbehörden nicht als die geeigneten Stellen ansieht. Der Entwaffnungskommissar Dr. Peters gab hierbei die Erklärung ab, daß er den Beirat über seine Maßnahmen und den weiteren Gang der Dinge auf dem Laufenden halten werde. Schließlich wurde noch festgesetzt, daß Mitglieder von Organisationen, deren Vorstand oder Leitung bereits zur Anmeldung der Waffen verpflichtet sind, nicht ihrerseits noch einmal eine besondere Anmeldung zu erstatten haben sollen.

Das russische Nordheer abgeschnitten.

Sowjettruppen auf deutschem Boden.

Königsberg, 23. August. In der Gegend von Willenberg sind bis jetzt rund 7000 Bolschewisten übergetreten. Die Entwaffnung ist ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Internierung im Lager von Arys erfolgt.

Kopenhagen, 23. Aug. (Telunion.) Aus Warschau wird gemeldet, daß das Nordheer der Bolschewisten von den hinter Brest-Litowsk kämpfenden Truppen vollständig abgeschnitten ist. In Galizien erzielten die russischen Kräfte einige Fortschritte.

Rückzugsgefechte und Grenzübertritte.

Königsberg, 23. Aug. Im Verlauf des Nachmittags sind noch eine Schwadron und einige kleinere Abteilungen der Russen über die ostpreußische Grenze gekommen. Südöstlich Willenberg fand ein Gefecht mit abgeschnittenen Teilen des 3. Kavalleriekorps statt, welches versuchte, sich den Rückzug nach dem Osten zu erkämpfen. Eine Aufforderung der Polen sich zu ergeben, wurde von den Russen nicht angenommen.

Giolitti und Lloyd George über den russisch-polnischen Krieg.

Luzern, 23. August. Aus dem Communiqué, welches vor Beginn der zwanglosen Unterhaltung zwischen den beiden Ministerpräsidenten Lloyd George und Giolitti und den vereinigten Vertretern der Presse verlesen wurde, entnimmt die Schweizerische Depeschen-Agentur u. a. Folgendes: Der Meinungsaustausch zwischen Lloyd George und Giolitti hat eine vollständige Uebereinstimmung über die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Friedens in der ganzen Welt für einen möglichst frühen Zeitpunkt dargetan. Vorher bleibt jedoch noch eine Reihe von bedeutenden Fragen zu erledigen. Bevor nicht der Friede zwischen Rußland und der übrigen Welt wieder hergestellt ist, wird immer eine Atmosphäre von Störungen der Ruhe die Welt weiter bedrohen. Aus diesem Grunde haben die britische und die italienische Regierung Schritte unternommen, um eine Verbindung zwischen Rußland und der übrigen Welt herzustellen. Es ist deshalb tief zu bedauern, daß die Sowjetregierung trotz wiederholter gegenseitiger Versicherungen gezaudert hat, Polen Bedingungen aufzuzwingen, die nicht vereinbar sind mit dessen nationaler Unabhängigkeit. Die Sowjetregierung hat einen Vorschlag der britischen Regierung zurückgewiesen, einen Waffenstillstand unter Bedingungen abzuschließen, welche das russische Gebiet gegen jeden Angriff sichergestellt hätte. Wenn die Sowjetregierung auf der Verweigerung dieses Vorschlages beharrt, so wird es keiner freien Regierung möglich sein, mit ihr zu verhandeln.

Luzern, 23. August. Reuter. Nach einem amtlichen Communiqué haben Lloyd George und Giolitti der französischen Regierung eine gemeinsame Aktion der Alliierten vorgeschlagen, die Polen die vollen aus dem Vertrag von Versailles sich ergebenden Rechte, betreffend den freien Gebrauch und die unbeschränkte Benutzung des Hafens von Danzig und seiner Verbindungslinien zu sichern.

Eine Warnung Amerikas an Polen.

Washington, 23. August. Reuter. Die Regierung der Vereinigten Staten hat Polen gewarnt, seinen Heeren zu gestatten, bei der Gegenoffensive die Grenze des ethnographischen Polens zu überschreiten.

Inland.

Lord Robert Cecil über Deutschlands Zulassung zum Völkerbund.

Wie die „P. P. N." erfahren, äußerte sich Lord Robert Cecil einem Vertreter des „Observer" gegenüber mit den folgenden Worten: „Auf Grund des ersten Artikels der Völkerbundssatzung kann jeder selbständige Staat oder Kolonie als Mitglied durch eine Zweidrittelmehrheit der Völkerbundversammlung zugelassen werden, wenn er wirksame Bürgschaften gibt für die Absicht, internationale Verpflichtungen einzuhalten und die Satzung des Völkerbundes über Land-, See- und Luftstreitkräfte und Rüstungswesen annimmt. Zwölf kleine Staaten haben schon um Zulassung gebeten. Was diese Bedingungen des Artikels 1 anbetrifft, so erhebt sich die Frage, wer entscheiden soll, ob sie erfüllt oder nicht erfüllt sind, bevor ein neues Mitglied zugelassen ist. Es scheint offenbar, daß die Völkerbundversammlung selbst die entscheidende Stimme in der Angelegenheit haben sollte. Auf jeden Fall ist dieser Punkt von der größten Wichtigkeit, den man dauernd im Kopfe zu behalten hat, da die Initiative auf jeden Fall von außen kommen muß. Jeder Staat, der Mitglied des Völkerbundes werden will, muß seine Zulassung beantragen. So kann zum Beispiel Rußland nicht Mitglied werden, bevor es seinen Wunsch ausdrückt, in dem es seine Zulassung beantragt. Aehnlich ist es im gesamten Interesse der ganzen Welt, daß Deutschland seine Aufnahme als Mitglied beantragt und zugelassen wird. Ich hoffe sehr, daß dies der Fall sein wird."

Deutsche Vertreter im Ausland.

Berlin, 23. August. Die Nachricht, daß in Verbindung mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu mehreren Mächten die Neubesetzung einer Anzahl von deutschen Vertretungen im Auslande bevorstehe, wird WTB. von zuständiger Stelle bestätigt. Der bisherige Chef der englischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Rhomberg, soll die Gesandtschaft in Christiania übernehmen, für Buenos-Aires ist der Gesandte Pauli in Aussicht genommen, zuletzt Chef der amerikanischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, für Rio de Janeiro ist Generalkonsul 1. Klasse Plehn, der auf verschiedenen Auslandsposten derselben Abteilung tätig war, für die Botschaft in Rom ist Herr v. Berenberg-Goßler, Mitglied des Hamburgischen Senats, ausersehen. Nachdem zwischen dem Deutschen Reich und Lettland ein vorläufiges Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den beiden Ländern abgeschlossen ist, ist auch die Errichtung einer gemeinsamen Vertretung für Riga notwendig geworden, an deren Spitze Dr. Weyer treten wird der zuletzt eine vorläufige Verwendung bei der Gesandtschaft in Prag hatte. Der bisherige Leiter der Friedensdelegation in Paris, Ministerialrat Dr. Göppert, hat die Leitung der Friedensabteilung sowie die der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes übernommen, er wird in Paris durch den Gesandten v. Mutius abgelöst.

Verschärfte Kontrolle.

Düsseldorf, 23. August. Infolge der kommunistischen Putschversuche wurde in den letzten Tagen die Kontrolle bei den Uebergängen in das besetzte Gebiet außerordentlich verschärft. Jede Person wird körperlich untersucht, und zwar namentlich nach Waffen, kommunistischen Zeitungen und Flugschriften. Gestern wurden auf der Rheinbrücke bei Düsseldorf acht Personen von den belgischen Posten verhaftet, weil sie Waffen bei sich trugen. Waffenscheine, die von den deutschen Behörden ausgestellt werden, werden von den belgischen Posten nicht mehr anerkannt.

Dementierte Redakteurausweisung.

Saarbrücken, 23. Aug. Von einer angeblichen Absicht der Regierung, alle Redakteure des Saargebiets auszuweisen, ist hier nichts bekannt. Von der „Saarbrücker Landeszeitung" ist nur der Redakteur Olmer ausgewiesen worden.

Rückgang des Danziger Seeverkehrs.

Danzig, 22. August. Der Seeverkehr Danzigs hatte sich bis in den August hinein ganz bedeutend gehoben. Die politischen Ereignisse haben höchst nachteilig eingewirkt. Während in der letzten Juliwoche 48 Schiffe mit Gütern in den Hafen einliefen und 33 hinausgingen, liefen in der zweiten Augustwoche nur 29 Schiffe ein und 24 aus. An der Schiffahrt sind Danziger, deutsche, finnische, schwedische, norwegische, dänische, englische und amerikanische Reedereien beteiligt. In Danzig wird viel Holz, namentlich nach England, verladen.

Alldeutsche Radaubrüder am Werk.

Breslau, 22. August. In Breslau ist es zu bedauerlichen Ausschreitungen gegen Franzosen gekommen. Ein Auto mit französischen Mannschaften durchfuhr die Stadt und erlitt am Ring eine Panne. Hinzukommende Studenten stürzten sich auf das Auto und zerschnitten einige Reifen, so daß das Auto nicht weiterfahren konnte. Die Franzosen mußten zu ihrer eigenen Sicherheit in Schutzhaft genommen werden. Während des entstandenen Tumults wurden auch die anderen Reifen zerschnitten. Der französische Offizier Lunart erhob Beschwerde beim Polizeipräsidenten. Die eingeleitete Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Der Polizeipräsident von Breslau hat an die Bevölkerung einen Aufruf gerichtet, unter allen Umständen Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, da aus derartigen Exzessen der deutschen Regierung die größten Schwierigkeiten erwachsen müßten.

Keine Kohlenzufuhren aus Schlesien.

Infolge der oberschlesischen Unruhen haben die Kohlenzufuhren nach Groß-Berlin so gut wie aufgehört. Das Spandauer Großkraftwerk, das 5 Land- und Stadtkreise mit Strom versieht, hat nur noch für 3 Tage Kohlen. Falls die Zufuhren nicht sofort wieder einsetzen, wird die Lage für die Industrie kritisch.

Butu Simbas' Mission in Europa.

Eine Negergeschichte von H. Thurow.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Häuptling Bakingo fand zuerst das Gleichgewicht wieder. Er wußte noch von seinen früheren Beziehungen mit den Franzosen her einige Brocken französisch und sagte:

„Moi, bon bougre, Missieu!" (Ich, guter Strolch, Herr!)

Der Offizier lächelte ironisch.

„Bien, roi des cannibales!" (Jawohl, du Oberkannibale!)

Dann winkte er einem schwarzen Soldaten, der ihm als Dolmetscher diente und trat mit diesem zu Butu Simba, welcher eben mit Hilfe einiger Getreuen die Maske vom Gesicht gelöst hatte und nun noch seine Fetischfigur und die Giftflasche im Lendenschurz zu verstauen suchte.

Mit Hilfe seines Dolmetschers nahm der Offizier ein kurzes Verhör mit ihm vor. Der Zwerg Kamu Puteng hatte sich schon herzugedrängt und denunzierte seinen Peiniger mit beweglichen Worten. Einige Weiber mischten sich hinein, sangen und lamettierten; eine Alte brachte dem Leutnant ein Huhn als Sühnopfer.

Aber der Offizier wies das Federvieh von sich, nahm eine sehr stramme Haltung an und ließ sich den Vorgang, der so gewaltige Aufregung verursacht hatte, erzählen. Butu Simba, der das kritische seiner Lage begriff, sagte darauf im Ton bewußter Unschuld und gekränkter Würde, daß er nur seines Amtes gewaltet und die Dorfgenossen vor böser Gefahr habe behüten wollen. Und wenn auch der Zwerg nicht das kommende Unheil allein auf dem Gewissen habe, so sei er ein Aufrührer und Schelm, der es schon lange verdient habe, einmal in die Kur genommen zu werden.

Der Offizier konnte aus dieser Rechtfertigung nicht klug werden. Er war auch in Gedanken schon bei einer anderen Sache. Sich zu der Menge wendend, rief er mit Feldherrnstimme:

„Leute vom Stamme Dumba! Ich will nicht scharf ins Gericht gehen mit euch! Nach dem Gesetz müßte ich das Räuber- und Mördergesindel unter euch an einen Baum stellen und erschießen lassen. Aber ihr standet bis zu diesem Augenblick unter fremden Gesetz, unter dem Gesetz der Allemands (Deutschen). Das ist nun anders geworden. Ihr seid wieder Franzosen. Der große Krieg, von dem ihr hörtet, geht gegen eure früheren Regenten. Ueberall ziehen die schwarzen Männer gegen die Deutschen ins Feld. Ihr werdet nicht zurückbleiben wollen. Die Republik, euer großes Mutterland, ruft euch. Und außerdem bekommt jeder, der sich für den Krieg verpflichtet, zwei Franken den Tag, das ist ein halber Faden Kattun, zehn blaue Perlen und eine Büchse Bullenfleisch!"

Eine jähe Bewegung ging durch das versammelte Volk, als der schwarze Sergeant diese Sätze des Befehlshabers in der Landessprache wiederholte. Alles drängte sich näher herzu, die anfängliche Bestürzung war gewichen. Der Häuptling warf plötzlich seine langen Beine in die Luft und ließ den Speer über seinen Kopf kreisen, worauf ein Dutzend Kerle ein lautes Zustimmungsgeheul erhoben.

Dann wurde es wieder still. Wichtige Fragen drängten sich auf. Man konnte nicht verstehen, warum die Weißen sich gegenseitig bekriegten. Das war, soviel man wußte, noch nie geschehen. Früher hatten sich auf Geheiß der Europäer immer nur die Schwarzen blutige Köpfe geliefert. Zudem konnte man auch zwischen den weißen Nationen nicht mit Sicherheit unterscheiden.

Schwer und nebelhaft wogten in den Gehirnen die Vorstellungen durcheinander.

Da hatte Häuptling Bakingo einen Einfall. Um die Angelegenheit aufklären zu helfen und sich gleichzeitig dem Offizier von der besten Seite zu zeigen, eilte er seiner Hütte zu. Von dort kam er einen Augenblick später in einem alten französischen Uniformrock von blauer Grundfarbe mit roten Litzen zurück. In der Hand aber trug er ein zusammengerolltes Stück Antilopenfell, dem er ein paar bunte Bilder entnahm. Den Oberleib vorstreckend wie ein brüstender Pfau zeigte er die Bilder auf.

Der erste Bogen enthielt das Antlitz der heiligen Jungfrau Cäcilie. Beim Anblick dieses Bildes blieb die Menge stumm, der Mann auf dem Maulesel aber erhob segnend die Hände und sagte voll jovialer Milde:

„Im Namen der heiligen Cäcilie, sehr gut; in diesem Zeichen werdet ihr siegen!"

Bakingo entrollte die anderen Bilder, die von Missionaren und Forschungsreisenden bis in den Urwald verschleppt worden waren.

Da war ein Bogen, der den Kopf König Leopolds zeigte, des „Bula Matadi" vom großen Kongoreich. Auch dieses Bild fand den Beifall des Reiters, der die gleiche huldvolle Handbewegung machte wie zuvor. Das dritte Bild aber erzielte eine gänzlich entgegengesetzte Wirkung. Es war ein Oeldruckkonterfei Bismarcks, des einst Gewaltigen, mit der ehernen Schroffheit der Stirn, welche in die blanke, von dünnem Haargebüsch gezierte Wölbung einer ungeheuren Glatze auslief.

Der Mann mit dem Schlapphut hob sich mit einem Ruck in den Steigbügel und sagte im Tone der Entrüstung: „Das ist gerade einer von den Oberteufeln, die alles Unheil in die Welt gebracht haben! Den mag euer kriegerischer Zorn zerschmettern!"

Der Sprecher hatte mit diesen Worten einen großen Erfolg. Als Missionar, der schon Jahre lang im Lande weilte, hatte er sich die Kenntnis mehrerer Negersprachen angeeignet und er kannte sich auch in der Mundart dieses Völkleins einigermaßen aus. Ein Beifallssturm folgte seiner Rede. Der Häuptling durchbohrte mit seinem Speer den ominösen Buntdruck und schwang den aufgespießten Feind hoch in die Luft. Da steigerte sich der Beifall zu kriegerischem Wutgeheul.

Der junge Offizier fand jetzt den Augenblick für gekommen, um die Woge der Leidenschaft in den rechten Kanal zu leiten und seinen Zwecken nutzbar zu machen. Sich auf einen Stein vor Bakingos Hütte setzend, trug er persönlich die Namen aller derjenigen in sein Dienstheft ein, die sich für den Feldzug verpflichten wollten und die ihm körperlich tauglich erschienen. An der Spitze der Liste figurierte der Name des Häuptlings. Dann folgten dessen Vettern, Schwäger und andere Verwandte. Zuletzt kam der gemeine Haufe.

Der dicke Herr Pater war unterdessen von seinem Reittier gestiegen, um das vom Leutnant unterbrochene Verhör des Butu Simba fortzusetzen. Mit ernster, etwas salbungsvoller Stimme, wie sie zu seinem Berufe gehörte, nahm er sich den Zauberer und Medizinmann vor.

„Zeig' deine gotteslästerlichen Geräte einmal her!" sprach er unter bedrohlichem Stirnrunzeln.

Der Angeredete trug seine Giftflasche noch in der Hand; er hatte sie im Lendenschurz nicht mehr verbergen können, da sich dessen Schnüre unter dem Affenfell gelockert hatten und der Schurz soweit herabgerutscht war, daß ihm nur die Fetischfigur mit dem Doppelkopf zwischen den Beinen saß. Widerstrebend reichte er dem Pater die Gegenstände hin.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200824-16/fragment/page=0002

Ausland.

Der bulgarische Frieden in Kraft getreten.

Berlin, 23. August. Der am 27. November 1919 in Neuilly-sur Seine zwischen Bulgarien und den alliierten und assoziierten Mächten geschlossene Friedensvertrag ist mit dem 9. August in Kraft getreten. An diesem Tage sind die Ratifikationsurkunden durch die Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens, Siams und Bulgariens in Paris niedergelegt worden. Mit gleichem Tage ist das im Artikel 296 des Vertrages vorgesehene „Gefrite Protokoll" errichtet worden. Mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrag s sind die Bestimmungen des Waffenstillstandes vom 29. September 1918 erloschen. Das französische Gesetz vom 12. August 1920, das die Ausführung des Friedensvertrages mit Bulgarien anordnet und seinen vollen Wortlaut enthält, ist in Nummer 228 des „Journal Officiel" vom 16.—17. August 1920 veröffentlicht.

Die Kämpfe in Irland.

London, 23. August. In Irland wurden im Laufe des Sonnabends und Sonntags im ganzen sechs Polizeibeamte ermordet.

England und Aegypten.

London, 23. Aug. Die „Times" geben Aufklärungen über die Bedingungen, die zwischen Lord Milner und Saad Zaglul Pascha vereinbart wurden. Hiernach wird England die Integrität Aegyptens gegen jeden fremden Angriff sichern, dagegen aber muß Aegypten England im Niltal eine bevorzugte Stellung einräumen und im Falle des Krieges ihm jede Erleichterung zum Einbringen auf ägyptisches Gebiet geben. England wird eine Garnison in Aegypten in der Kanalzone unterhalten, deren Basis jedenfalls Cantara wird. Aegypten soll seine ausländischen Beziehungen selbst leiten unter der Bedingung, daß es keine Verträge abschließt, die sich nicht mit der englischen Politik vertragen. Aegypten werde auch das Recht haben, diplomatische Vertreter im Auslande zu halten. Jedoch würden sie wahrscheinlich gegenwärtig auf die Länder beschränkt bleiben, in denen Aegypten Handelsinteressen habe. Die Kapitulationen werden aufgehoben und die Kontrolle der Gesetzgebung über Ausländer einem Oberkommissar übertragen. Das Abkommen, das getroffen werden soll, soll vom englischen Parlament und von der ägyptischen Nationalversammlung ratifiziert werden.

Befehlshaberwechsel in Indien. General Lord Rawlinson wurde als Nachfolger von Sir Charles Monro, der Ende Oktober zurücktritt, zum Oberbefehlshaber in Indien ernannt.

Bürgerliche Begriffsverwirrung.

Durch die bürgerliche Presse geht eine Notiz, die so recht zeigt, wie systematisch die Verwirrung über sozialistische Begriffe durch die gegnerische Presse verbreitet wird. Hier werden die klarsten Dinge aus Unkenntnis und Voreingenommenheit oder auch aus absichtlicher Bosheit in blühenden Unsinn verkehrt. In diesen Zeitungen lesen es dann unsere Proletarier aller Art, soweit sie noch nicht den Mut haben, eine sozialistische Zeitung zu halten. Der ihnen vorgesetzte konservative Karrikaturen-Sozialismus wird von sozialistisch unerfahrenen Arbeitern unbewußt als lautere Wahrheit weiter getragen und richtet dann in Massenzusammenkünften die tollsten Verheerungen an. Die sogenannte radikale Bewegung seit der Revolution lieferte uns geradezu erdrückendes Beweismaerial für die Wirkung dieser gegnerisch-sozialistischen Auffassung infolge der jahrelangen verblödeten Lektüre bürgerlicher Zeitungen.

Heute nur ein Beispiel für viele. Die „Magdeb. Zeitung" (demokratisch) bringt folgende kleine harmlos aussehende Notiz.

„Das Innsbrucker Stadttheater sozialisiert. Das Innsbrucker Stadttheater, das seit Mai 1920 vom Betriebsrate der Bühnenmitglieder auf gemeinsame Rechnung weitergeführt wird, soll nun vergeben werden. Unter den Bewerbern befindet sich auch der Betriebsrat, dem der Gemeinderat wahrscheinlich das Theater zusprechen wird. Es steht also die Sozialisierung (? D. Red.) des Innsbrucker Stadttheaters in dem Sinne zu erwarten, daß der Betriebsrat Direktorium und Verantwortung übernimmt und die Bühnenmitglieder sich in den Reingewinn teilen."

Sozial heißt gesellschaftlich, sozialisieren heißt also in das Eigentum der Gesellschaft d. h. der Gesamtheit abzuführen. Ist diese Gesamtheit nur eine Stadtgemeinde, so spricht man von kommunalisieren. Hier aber teilen sich die Bühnenmitglieder in den Reingewinn. Die Stadtbewohner von Innsbruck haben keinerlei Eigentumsrecht; sie oder auch nur die Theaterbesucher nehmen keinen Teil an dem Reingewinn des Theaters. Wir haben es hier also im günstigsten Falle nur mit einer Produktivgenossenschaft zu tun. An Stelle des früheren einzigen kapitalistischen Besitzers ist jetzt die Vielheit der Bühnenmitglieder getreten.

Ein sozialisiertes Theater könnte man höchstens die Volksbühne in Berlin nennen, wo die Mitglieder in demokratischer Wahl den Vorstand und damit die ganze Verwaltung wählen, wo die Mitglieder ein Mitbestimmungsrecht und Eigentumsrecht über alle Einrichtungen des Theaters haben. Hier ist der vorbildliche Bau des Volksbühnentheaters genossenschaftliches Eigentum aller Mitglieder. In Form außerordentlich billiger Eintrittspreise nehmen sie im voraus an dem Gewinn des Unternehmens teil. Mit einem solchen gemeinnützigen Unternehmen aber hat das Innsbrucker Stadttheater, wie die Notiz klar erkennen läßt, nicht das mindeste zu tun. Es bleibt auch als Eigentum der Bühnenmitglieder ein kapitalistisches Unternehmen. Vielleicht ist es hier gelungen, die Ausbeutung des Produzenten auszuschalten, aber die des Konsumenten bleibt.

So gibt es der mangelhaften Einrichtungen von oft höchst zweifelhafter Art noch eine ganze Menge, die von wirklichem Sozialismus weit entfernt sind, die aber von der bürgerlichen Presse mit gutem Gedacht als Sozialismus ausgeschrien werden. Und ihnen hüpfen auf den Leim die voreingenommenen Spießer, aber leider auch viele Arbeiter, anstatt daß wenigstens sie sich durch die sozialdemokratische Presse gründliche Belehrung verschaffen und sie dann weitertragen.

Provinz und Umgegend.

Noch einmal Sowjet-Köthen.

Das Köthener Abenteuer findet teilweise eine recht lebhafte Würdigung. Da ist zunächst die „Hallische Allgemeine Zeitung" zu nennen. Sie wendet mehr denn eine Seite Text an diese bedeutende Sache und will auf diesem Wege die Notwendigkeit der „Orgsch" beweisen. Das ist nun freilich eine Selbstverständlichkeit, denn dazu war ja die ganze Geschichte unternommen. Es scheint sogar, daß sie noch umfangreicher geplant war, als sie zur Ausführung kam, um die Gefahr recht riesengroß erscheinen zu lassen. Nun hat aber der Verlauf der ganzen Aktion ergeben, daß sie wirklich nicht besonders gut dazu geeignet ist, diese reaktionären und arbeiterfeindlichen Absichten zu fördern. Man muß den Tatsachen schon ziemlich Gewalt antun, um sie als Beweis für gewalttätige Absichten der organisierten Arbeiterschaft benutzen zu können. Das Geschreibsel der „Allgemeinen" liest sich deshalb ziemlich gequält.

In dieser großen Not erhält sie selbstverständlich einen gütigen Helfer. Sie glaubt ja an einen gerecht waltenden und helfenden Gott und dieser schickt denn auch den rettenden Engel in Gestalt einer anderen Zeitung, des — „Volksblattes".

Auch das „Volksblatt" verschwendet eine Seite an diesen „Sommernachtsspuk", wie es ihn nennt und weist darauf hin, daß es erst vor wenigen Tagen vor Spitzeln und Putschen gewarnt habe. Es schränkt aber diese Warnung sofort ein. Nur vor örtlichen, vor kleinen Putschen warnt es. Nur „Einzelaktionen" dieser Art schädigen das Proletariat, behauptet es. Welcher Leser des Volksblattes, oder auch der bürgerliche Redakteur, wird nun anders schließen, als daß er nur auf die richtige, die große, die allumfassende Aktion zu warten habe. Zumal wenn er noch folgenden schönen, fettgedruckten Schlußsatz liest:

„Sammelt die Heerscharen der Zukunft, schult und formiert sie — der Tag des Kampfes naht, wenn andere Hörner blasen, als die Spitzel-Tuba des ehrenwerten Bergs der verkappten Reaktion!"

Was hilft demgegenüber alles Warnen. Solche Phrasen führen naturnotwendig zu Hölz und Schröder-Mahnke, sie lassen auf ein Klingenthal, Sangerhausen usw. ein Köthen folgen, und wenn die Unabhängigen es nicht fertig bekommen, eine Politik zu treiben, die sich genau und fest abgrenzt von der Politik und Taktik der Spitzel, so wird Köthen noch lange nicht der letzte Fall dieser Art gewesen sein.

Weitere Hölzladen in der Provinz.

WTB. meldet aus **Schönebeck a. E.:** In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag drang eine bewaffnete Bande in die Gummifabrik Wilop ein, erklärte, die Fabrik stehe zur Verfügung der roten Armee und entwendete ein Auto. Als gegen 2 Uhr nachts die Sicherheitspolizei nach der Auflösung einer kommunistischen Versammlung die kommunistischen Führer festnehmen wollte, kam es zu einer Schießerei, die mit dem Rückzuge der Kommunisten endete. 30 Personen, die zum größten Teil aus Magdeburg stammten, wurden verhaftet.

Weiter meldet WTB. aus **Stahßurt:** Zu dem bereits gemeldeten Ueberfall wird noch ausführlich berichtet: Am Sonnabend nachmittag erschien eine bewaffnete Bande vor dem Gefängnis und erzwang im Verein mit hiesigen kommunistischen Elementen die Freilassung der Gefangenen, von denen sich ein Teil wieder ins Gefängnis zurückbegab. Der Polizei gelang es, die Haupträdelsführer des Ueberfalles zu verhaften. In der Nacht zum Sonntag erschien die Bande abermals in verstärkter Zahl und eröffnete mit Maschinengewehren und Gewehren ein Schnellfeuer auf das Polizeigebäude und erreichte die Freilassung der Verhafteten. Darauf wurde die Kreissparkasse um 17 000 Mark, die Post um 5000 Mark beraubt. Noch in der Nacht verschwanden die Banditen, die verfolgt werden. Es soll eine Abteilung Sicherheitspolizei ständig nach Staßfurt verlegt werden.

So arbeitet die morderne deutsche Ochsana in Mitteldeutschland mit den Mitteln der Verblendung „kommunistischer" Massen und im Verein der gemeinsten verbrecherischen Handlungen. Nur die organisierte und nur ihren wirklichen Führern folgende Arbeiterschaft kann diesen Putschereien einen Damm entgegensetzen. Ein Ruf muß von Arbeiter zu Arbeiter gehen: „Hütet Euch vor den Putschspitzeln!"

Hetze gegen die Landarbeiter.

Die unsinnigsten Behauptungen werden hervorgesucht, um die freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter, die sich ihre Rechte von den deutschnationalen Agrariern erkämpfen müssen, zu verleumden und anzuschwärzen. In der „Vossischen Zeitung" bringt es ein Professor Dr. Dammer sogar fertig, den geringen Ertrag der Ernte in Pommern als eine unmittelbare Folge des Landarbeiterstreiks zu bezeichnen. Denn der dreiwöchige Streik habe bewirkt, daß die Bestellung des Wintergetreides statt im September erst im Oktober vorgenommen wurde. Durch diese Verzögerung sei in diesem Jahre die Roggenblüte in die Hitzeperiode des Juli gefallen, was die Entwicklung der Körner ungünstig beeinflußt habe.

Gegen diese ungeheuerliche Ansicht wendet sich das Landwirtschaftsministerium, indem es sagt: Die um 3 bis 4 Wochen verspätete Bestellung des Wintergetreides war die ganz natürliche Folge der um 3 bis 4 Wochen verspäteten Ernte des vorigen Jahres, die ihrerseits wieder die Folge des kalten Frühjahrs 1919 war. Dazu kam dann als weiteres erschwerendes Moment die Frostperiode, die außergewöhnlich früh, schon in der letzten Oktoberwoche einsetzte und durch die die Bestellungsarbeiten unterbrochen wurden. Diese Ungunst der Witterung, die der Professor, falls er sich ihrer nicht mehr erinnern sollte, leicht aus den Veröffentlichungen der Meteorologischen Bureaus feststellen könnte, kann mit dem Landarbeiterstreik doch wohl nicht gut in Zusammenhang gebracht werden. Dann hat aber auch der Landarbeiterstreik nicht die gesamte pommersche Landwirtschaft, sondern nur einen kleinen Bruchteil umfaßt. Nicht mehr als 5 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Pommern wurden vom Streike betroffen, und nur auf wenigen Gütern hat der Streik drei Wochen angedauert. Also auf 95 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe hat die Bestellung des Wintergetreides unbeeinflußt von jedem Streike vor sich gehen können. Trotzdem ist aber die diesjährige Roggenernte in ganz Pommern ungenügend ausgefallen, auch auf den Gütern, die nicht vom Streike betroffen worden waren.

Wie erklärt sich der „sachverständige" Professor Dammer diese Tatsachen? Meint er auch angesichts dieser Feststellungen noch einen Menschen glauben machen zu können, daß die Roggenkörner durch den Landarbeiterstreik ungewöhnlich klein geblieben sind oder daß die Ausstände gar auf die Witterung eingewirkt haben? Man steht, es heißt unbestreitbare Tatsachen auf den Kopf stellen, wenn der unbefriedigende Ausfall der diesjährigen Roggenernte als eine Folge des Landarbeiterstreiks bezeichnet wird. Aber es kommt ja den Herrschaften nur darauf an, die Bevölkerung gegen die Landarbeiter aufzuhetzen.

Merseburg. Direktor als Zuckerschieber. Mehrere höhere Beamten des hiesigen Leunawerkes der Badischen Anilin- und Sodafabrik sollen größere Zuckerschiebungen als Privatgeschäfte betrieben haben. Die Untersuchung hierüber schwebt und haben die Herren ihre Stellung bei der Fabrik aufgegeben. Die Zuckerschiebungen sollen auf dem Wege des Gipsverbrauches der Fabrik geschehen sein. Eine nette Gesellschaft. —

Leuna. Der Tod auf den Schienen. Gestern vormittag ließ sich am Tunnel der Thüringer Strecke ein junger Mann durch Niederlegen auf die Schienen überfahren. Dem Lebensmüden wurde der Kopf glatt vom Rumpfe getrennt. Die Untersuchung ergab, daß es sich um den 20jährigen Arbeiter Röder aus Merseburg handelt, der diesen Schritt anscheinend in geistiger Umnachtung vollführt hat. Die Leiche wurde mittags nach Leuna geschafft.

Weißenfels. Beratungsstelle. Die vom Magistrat bekanntgegebenen Sprechzeiten der Wohlfahrtseinrichtungen (Beratungsstelle für Geschlechtskranke, Säuglingsfürsorge, Tuberkulosenfürsorge usw.) werden leider nicht immer von Publikum innegehalten. Da Ärzt und Personal außer den festgesetzten Sprechzeiten noch anderweitig in Anspruch genommen sind, wird im eigenen Interesse der Auskunftsuchenden darauf hingewiesen, möglichst zu Beginn der festgesetzten Sprechzeiten zu erscheinen, damit keine Störungen im Betriebe entstehen. In der Kleinen Delchstraße 4 und im Stadthaus (Amtszimmer des Stadtarztes) sind die Sprechzeiten durch Aushang jederzeit zu ersehen.

Torgau. Demonstrationsversammlung, Stadtverordnetensitzung, Bürgermeisterwahl. Am Donnerstag, den 19. d. M., abends vor Beginn der Stadtverordnetensitzung, demonstrierten etwa 200 Männer und Frauen auf dem Marktplatz gegen die geplante Besteuerung des steuerfreien Einkommens. Sollte doch diese Steuer 605 000 Mark für den Stadtsäckel bringen. Nach einer kurzen Ansprache wurde eine Deputation gewählt, welche dem Stadtparlament eine Resolution vorlegen sollte, in der verlangt wurde, daß alle Einkommen unter 10 000 Mark steuerfrei bleiben sollen. Aber nicht nur die drei Mann kamen zum Stadtparlament, sondern die ganze Demonstrationsversammlung. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wurde sofort in die Beratung der Steuerfragen eingetreten. Zweiter Bürgermeister Platz erklärte, daß diese steuerfreien Einkommen 605 000 Mark bringen. Das aber nach dem Vorschlag der Stadt Halle bis 6000 Mark steuerfrei bleiben sollten. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, alle steuerfreien Einkommen bis zu 10 000 Mark bleiben steuerfrei, bis zu 20 000 Mark bleiben die Kindergelder steuerfrei, bei Einkommen über 10 000 Mark werden von den steuerfreien 1500 Mark 750 Mark mit 10 Proz. besteuert. Wo Mann und Frau in Arbeit stehen, dürfen nicht beide Einkommen zusammen versteuert werden, sondern jedes Einkommen wird getrennt. Nach dieser Regelung verließ ein Teil der Demonstranten den Sitzungssaal. Dann wurde die Beamtenbesoldungsfrage geregelt. Neu geschaffen wurden für drei Sekretäre drei Obersekretärstellen; die Herren Consilius, Keil und Michel wurden zu Obersekretären gemacht. Von der Schaffung einer Oberkommissarstelle wird Abstand genommen, doch bekommt der Polizeikommissar in eine höhere Gehaltsklasse. Die Wahl des Ersten Bürgermeisters sollte in nichtöffentlicher Sitzung vorgenommen werden, wogegen Gen. Pfitzner protestierte. Nach erfolgter Aussprache wird die Wahl ohne Debatte in öffentlicher Sitzung vorgenommen. Es erhielten Zweiter Bürgermeister Gödecke aus Brieg 16, der sozialdemokratische Kandidat, Stadtsekretär Mann aus Zella-Mehlis 13 Stimmen, 29 Stadtverordnete waren anwesend. Von den 16 bürgerlichen Stadtverordneten ist die überwiegende Mehrheit Demokraten, welche auch einen Kandidaten zur Wahl gestellt hatten. Aus Furcht, der Sozialdemokrat könnte gewählt werden, ließen die Demokraten ihren Kandidaten fallen und wählten mit den drei oder vier Deutschnationalen den Bürgermeiter Gödecke. (Echt „demokratisch"! Die Meister der Baugewerken-Innung sind sich untereinander uneinig geworden, deshalb gönnen Sie sich gegenseitig die Luft nicht und verlangen bei Vergebung der städtischen Arbeiten öffentliche Ausschreibung. Vorher war man im Preise einig, da forderte einer so viel wie der andere, jetzt, da sich eine Firma erboten hat, die Arbeiten wesentlich billiger als die anderen Firmen auszuführen, beschwert man sich und verlangt öffentliche Ausschreibung. Beschlossen wird, daß nach erfolgter Ausschreibung der Bauausschuß die Angebote zu prüfen hat, bevor der Zuschlag erteilt wird. Die Arbeiten sollen an den Mittelfordernden vergeben werden, damit Lohndrückereien vermieden werden.

Hohenleipisch. Oeffentliche Versammlung der S. P. D. „Spa, Genf, Moskau" lautete das Thema einer am Sonnabend im Kieblingerschen Lokale stattgefundenen öffentlichen Volksversammlung, die leider nicht gut besucht war. An Stelle des verhinderten Genossen Krüger sprach Genosse Studt-Halle. In ausführlichstündigen Ausführungen behandelte der Redner noch einmal kurz zunächst Ursachen, Verlauf und Folgen des Weltkrieges, um dann auf das eigentliche Thema einzugehen. Das Friedensdiktat von Versailles sei die Ausgeburt militaristischen Wahnsinnes gewesen und allmählig hätten auch die Staatsmänner der Entente, abgesehen von den französischen, eingesehen, daß dieser Friedensvertrag schlechterdings nicht durchzuführen sei, ohne Deutschland und schließlich nicht nur dieses, sondern auch das übrige Europa zu ruinieren. In Spa hätte man endlich in der Kohlenfrage von einem völlig einseitigen Diktum abgesehen und wenigstens den Weg der Verhandlungen beschritten. Redner hob besonders hervor, welchen starken Eindruck die Rede des Arbeitervertreters Hue gemacht habe. Aufgabe des deutschen Volkes, insbesondere aber seiner Arbeiterschaft sei es jetzt, zu zeigen, daß Deutschland den guten Willen zur Erfüllung des Abkommens von Spa habe, dessen Inhalt der Redner erläuterte. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam dann Redner auf die kriegerischen Vorgänge im Osten Europas zu sprechen. Auch hier sei die Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft eine riesengroße, aber auch verdienstvolle. Erfreulicherweise herrsche über diesen Punkt, wie der gemeinsame Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der S. P. D., der U. S. P. D. und der K. P. D. zeige, Uebereinstimmung in der deutschen Arbeiterbewegung. Mit einem Appell, diese Einigkeit hochzuhalten und dem Hinweis, daß dem Sozialismus die Zukunft gehöre, schloß Redner seine Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Nachdem Genosse Töpfer unsere Versammlung geschlossen, versuchte noch ein Angehöriger der kommunistischen Jugend, ohne Erfolg Propaganda für seine Organisation zu machen.

Wittenberg. Mitgliederversammlung der S. P. D. Am 21. d. M., abends 8 Uhr, fand im Bürgergarten eine öffentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Nachdem der Vorsitzende, Gen. Winter, die Versammelten begrüßt und auf die besondere Bedeutung der Versammlung infolge der Wahl des Vertreters zum Parteitag, aufmerksam gemacht hatte, fand ordnungsmäßig die Wahl des Unterbezirksvertreters zum Parteitag statt. Nach der Wahl entspann sich eine lebhafte Diskussion, an der sich ein großer Teil der Anwesenden beteiligte. In derselben wurde die außenpolitische, sowie wirtschaftspolitische Lage der Gegenwart, die Stellung der S. P. D. zu derselben, ihre Arbeiten und Erfolge bezw. Mißerfolge seit dem 9. November 1918, ihre Aufgaben in der Gegenwart und Zukunft behandelt. Als Ergebnis dieser sehr eingehenden, klärenden Diskussion entstand etwa das Folgende: Die Errungenschaften der Revolution sind in Gefahr. Die Reaktion erhebt mehr denn je auf allen Gebieten ihr Haupt. Deshalb ist es mehr wie bisher die ernsteste Pflicht jedes Genossen sich persönlich und intensiv an der Arbeit der Partei zu beteiligen, damit es möglich ist von unten herauf die gewählten Vertreter in den Parlamenten von den Wünschen der Genossen in Kenntnis zu setzen und sie zu veranlassen, mehr wie bisher diesen Anregungen bei ihrer Arbeit Rechnung zu tragen. Mit der Devise: „Durch gründliche Arbeit an sich selbst immer tiefer hineindringen in die Ideen des Sozialismus und dann mit vereinten Kräften kampfesmutig hinein in die gegnerischen Versammlungen!" wurde diese anregende, alle befriedigende Versammlung um 11½ Uhr geschlossen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200824-16/fragment/page=0003

Kleines Feuilleton.

Von London nach Australien im Flugzeug. Der erste Flieger, der den ganzen Weg von London bis nach Australien im Flugzeug zurückgelegt hat, Leutnant Perer, ist jetzt glücklich an dem Endziel seiner Reise angelangt. Wenn das Sprichwort „Ende gut, alles gut" wahr ist, dann war seine Reise glücklich, aber sie hat recht lange gedauert. Er hat nämlich gegen sieben Monate gebraucht, eine Menge von Abenteuern bestanden und große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Am 8. Januar flog er von Heunalom aus. Unter seinen Erlebnissen seien der Brand seines Flugzeuges in einer Höhe von 3000 Fuß, eine Panne gerade über dem Krater des Vesuv, in den er beinahe gefallen wäre, und eine Anzahl von Notlandungen erwähnt. Immer wieder mußte er Aufenthalt nehmen, um die Maschine reparieren zu lassen. Aber mit zäher Hartnäckigkeit hielt er an seinem Entschluß fest und hat ihn auch glücklich durchgeführt, wenngleich freilich in einer Zeit, die er sich nicht hatte träumen lassen.

„Das Häuschen am Brunnen", ein Singspiel in drei Aufzügen von Paul Stamper und Carl Nöhren, gelangte am 19. d. M. in Bad Helmstedt zur Erstaufführung. Ich will voranschicken, daß diese Erstaufführung — trotz der verhältnismäßig beschränkten Mittel — ein ehrlicher und großer Erfolg war, der die Hauptdarsteller (Magdeburger Kräfte) und die Verfasser nach anhaltendem Beifall wiederholt zu den Altschlüssen vor die Rampe nötigte. Die Handlung spielt in den beiden ersten Akten in einer kleineren Stadt und zwar der 1. Akt an dem Brunnen der Stadt der zweite im Hause einer Pastorswitwe. Der letzte Akt in einem kleinen Seebade. Der Verfasser hat es verstanden, mit großer Gewandheit die Fäden der Handlung im 1. und 2. Akt zu interessanten Konflikten zu schlingen, die im 3. Akt ebenso geschickt gelöst werden. Der Versbau ist gut, ebenso die Ausdrucksform, sie geben dem Komponisten reiche Gelegenheit für die Tonmalerei. Diese Gelegenheit läßt Carl Nöhren sich nicht entgehen. Seine Musik in dem Singspiel ist farbenreich und selbst da, wo sie Konzessionen macht, immer vornehm und unaufdringlich. Durch das glückliche Zusammenwirken von Dichtung und Komposition nötigten fast sämtliche Lieder, Duette, Terzette, Ensemblesätze und Finales zu freudigem Beifall, der — wie einmangs erwähnt — in reichem Maße gezollt wurde. Dr. Menpheins.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Viehzählung in Halle am 1. September 1920.

Gemäß Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 14. Januar 1920 (R. G. Bl. S. 49) und des § 2 der Bekanntmachung vom 30. Januar 1917 (R. G. Bl. 81) erstreckt sich die am 1. September 1920 stattfindende vierteljährliche Viehzählung auf Pferde — ohne Militärpferde — Rindvieh, Schafe, Schweine und Ziegen. Eine Zählung des Federviehs findet dagegen diesmal nicht statt.

Die Durchführung der Viehzählung ist der Polizei-Verwaltung übertragen worden.

Es wird erwartet, daß die Beteiligten ihre Meldepflicht erfüllen werden.

Wer persönlich eine Anzeige nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil für „dem Staate verfallen" erklärt werden.

Der Magistrat.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Rotzkulesch, Milchsüßspeise und Malzextrakt in der Talamtschule, am Mittwoch, den 25. August 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 72 501—78 500 vormittags von 8—12 und die Inhaber der Nummern 78 501—84 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes 1 Kilo-Dose Rotzkulesch zum Preise von 11 Mark, 2 Pakete Milchsüßspeise zum Preise von 55 Pfg. für ein Paket, 100 Gramm Milchpulver zum Preise von 1.60 Mark und 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4.30 Mark abgegeben werden. Die Rotzfleischkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter fachlicher Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule, am Mittwoch, den 25. August 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 76 501 bis 78 500 vormittags von 8—12 und die Inhaber der Nummern 78 501 bis 80 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1 Mark abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Weißenfels

Brotmarkenausgabe.

am Mittwoch, den 25. August
von 7—9½ Uhr: Abgefertigt werden am
Tisch I: Hohe Str., Hospitalstr.,
Tisch II: R. Göpestr., Hermannsgarten Hiriemannstr., Hiriemannplatz, Harnischstr., Herderstr.
Tisch III: Gr. u. Kl. Kalandstr., Katharinenstr.
Tisch IV: Himmelbett, Holländerstr., Am Herrenberg, (A-N Str.), Jahnstr., Jädenstr.
von 9½—12 Uhr: Tisch I: L.-Kellstr.
Tisch II: Klosterstr.
Tisch III: An der Kirche, Kirchgasse, Krumme Gasse, Am Kloster, Am Kruce, Im Kruce, Körnerstr., Am Kugelberg, Am Kämmereihölzchen, Kitzenplatz.
Tisch IV: Klemmberg (Bismarckstr.) Büchnerstr., Molkestr., Roonstr., Scharnhorststr., Kubastr.

Weißenfels, den 23. August 1920.

Der Magistrat.

Zu Ferdinand Lassalles Todestag am 28. August
empfehlen wir:

Arbeiter-Programm	M. 2,40
Meine Assissen-Rede	„ 3,60
Die Wissenschaft u. die Arbeiter	„ 2,40
Offenes Antwortschreiben	„ 3,—
Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen	„ 3,60
An die Arbeiter Berlins	„ 1,20
Ueber Verfassungswesen	„ 3,60
Der Lassalle'sche Kriminalprozeß	„ 3,—
Der Hochverratsprozeß wider Ferdinand Lassalle	„ 2,40
Die Agitation des Allg. Deutschen Arbeiter-Vereins und das Versprechen des Königs v. Preußen	„ 1,20
Der tote Schulze gegen den lebenden Lassalle	„ 2,40
Herr Bastiat Schulze v. Delitzsch	„ 12,—
Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag	„ 1,80
Herr Julian Schmidt, der Literarhistoriker	„ 3,60
Franz v. Sickingen (Histor. Drama)	„ 7,20

Zwei vorzügliche Biographien über Ferdinand Lassalle

Ed. Bernstein: Ferdinand Lassalle u. s. Bedeutung f. d. Arbeiterklasse M. 5,40
G. Brandes: Ferdinand Lassalle. Eine kritische Darstellung seines Lebens und seiner Werke . . . . . M. 7,20

Lassalles Jugendbildnis
Farbenlichtdruck nach einem Pastellgemälde . . . . . M. 5,—

Buchhandlung der Volksstimme,
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.
Volksbuchhandlung Naumburg,
Marienstr. 10, nahe am Markt.

Stellen finden.

Merseburg! Achtung!
Frauen
zum Austragen der
„Volksstimme"
ab 1. September gesucht.
Meldungen sind an den Parteisekretär Genossen Bauer Annenstr. 19 zu richten. Lohnende und dauernde Nebeneinnahme sichert der Verlag Volksstimme G. m. b. H.

Heinrich Schulz: **Sozialdemokratie und Schule** Mk. 3,50
Dr. Otto Bournot: **Der Volkslehrer im Volksstaat** Mk. 1,20
Dr. Richard Lehmann: **Die Arbeit im Elternbeirat** Mk. 1,50
Heinrich Bahlte: **Die weltliche Schule** Mk. 1,50
Dr. Max Apel: **Die Volksschule als Einheitsschule** Mk. 1,25
20% Zuschlag
Zu beziehen durch die **Volksstimme,** Gr. Ulrichstr. 27.

Ia. Hafer
alter Ernte sofort billigst lieferbar
„Eiverge", a. G. m. b. H.
Gr. Märkerstraße 5
Fernsprecher 6356.

Wahrhaft goldene Worte
für alle Hausfrauen wie für alle Deutschen, denen das Streben, sich wirtschaftlich einzurichten und zu verhalten, ein Bedürfnis ist, bringt das Reichardtwerk in seiner Hausschrift: „Reichardt-Ruf" mit seinen haus- und nationalwirtschaftlichen Ausführungen sowie Ratschlägen
an den Vater des Produzenten.
Abgabe ohne Kaufzwang umsonst in der Reichardtfiliale: **Leipzigerstr. 99.** Sonst direkter Versand ab Reichardtwerk Wandsbek. Verkauf der Reichardtfabrikate auch in allen an Schildern u. Plakaten kenntlichen Geschäften.

Solbad Fürstenthal
Robert Franzstr. 10.

Mus-Töpfe
in allen Größen.
Konservengläser
¼ ⅛ ¾ 1 1⅛ 2 Q
2.45 2.65 2.95 3.65 4.35 4.95
Sobel,
Steinweg 45,
Gr. Ulrichstr. 9,
Reilstraße 1,
Ammendorf, Bahnhofstr. 3,
Cöthen, Schalaunischestr. 8.

Platin,
Gold u. Silberbruch
kauft zu höchsten Preisen
R. Voss,
Juwelier,
Geiststr. 46.

1 Paar
Zuchtkaninchen,
preisgekrönt, zu verkaufen.
Zu erfr. Fichtestr. 1a, III r.

Dauerhafte
Brieftaschen
in
prima Leder
und
allen Preislagen
H. Krasemann
nur Schmeerstr. 19.

Apollo-Theater.
Tägl. 8 Uhr:
Der Schlager des Rollendorfs-Theaters zu Berlin:
Eine Nacht im Paradies.
Operette in 3 Akten von W. Bromme.

Erwachsene
besuchet
Eigl's Anatomie
DER MENSCH
Nur noch bis einschl. Sonntag, 29. d. Mts.
Wintergarten
Magdeburgerstr. 66
Tägl. früh 9 bis abends 10 Uhr. Eintr. M. 1,50

Aufruf
an alle Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes.

Die Not der Zeit verlangt gebieterisch einmütiges Zusammengehen aller Angehörigen des Arbeiterstandes zur Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums. Die bisher getroffenen Maßnahmen waren zum großen Teil wirkungslos, weil schnöde Habsucht in Erzeuger-, Handels- und selbständigen Handwerkerkreisen vorherrscht, um deren Geldgier zu befriedigen und das Allgemeinwohl des Volkes darunter aber schwer leidet. Diesen Blutsaugern, unseren schlimmsten Feinden, gilt unser Kampf, den wir nunmehr mit allen Mitteln rücksichtslos führen werden. Jeden Widerstand, ganz gleich, ob dieser von den vorbezeichneten Kreisen, von seiten der Verbraucher oder von seiten nachlässiger Behörden oder Beamten ausgeht, werden wir zu brechen wissen.

Dazu bedürfen wir in erster Linie der tätigen Mitarbeit der gesamten Arbeiterschaft. Als wirksames Mittel zur Bekämpfung des Schieber- und Wucherunwesens betrachten wir unter anderem die tatkräftige Unterstützung der durch das Volk gewählten Preis-Kontrollkommissionen, deren Aufgabe es ist, die Preise für alle Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs auf ein erträgliches Maß herabzusetzen. Es ist Pflicht jedes Arbeiters und jeder Arbeiterfrau, keinen Pfennig mehr zu zahlen, als die Preis-Kontrollkommissionen festgesetzt haben.

In allen Orten, in denen noch keine Preis-Kontrollkommissionen bestehen, müssen solche gebildet werden.

Darum auf zum rücksichtslosesten Kampf gegen Schieber und Wucherer, große und kleine, in Stadt und Land, zum Wohle unseres schwergeprüften Volkes.

Bitterfeld, den 23. August 1920.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, alte Partei.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).
Gewerkschaftskartell.
Preiskontrollkommission Bitterfeld.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Bei **Störungen u. Stockungen** der **Blutzirkulation** gebrauchen Sie sofort stets die seit vielen Jahren erprobten echten **Menstruationstropfen**
„Frebar", extrastark.
Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelflaschen extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen ärztseren Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Hauptdepots: **Adler-Apotheke,** Geiststr. 15; **Sanitäts-Depot,** Leipzigerstr. 11; **E. Kertzscher,** Leipzigestr. (Ecke Poststraße); **E. Klappenbach,** Gr. Ulrichstr. 41. **M. Waltsgott Nachf.** Gr. Ulrichstraße 30. **Albert Schumann,** Steinweg 46/47, **Fritz Speer,** Große Ulrichstraße 63.
Generalvertrieb: 33
PHARMACOPIA, Berlin C. 19, Wallstraße 26.

Holzpantoffeln
starkes Lederblatt
(Friedensware)
liefert billigst
Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Hausfrauen
schützen eingemachte Früchte usw. vor Verderben durch Verwendung von
Salizyl-Pergamentpapier,
echt imprägniert, in alter, guter Qualität, zu früherem Preise von **Mk. 1.30** für 2 Bogen, à 60 × 40 cm.
Ebenso empfehlen wir für den gleichen Zweck **gutes Pergamentpapier zum Vorzugspreise** von **Mk. 1.30** der Quadrat-Meter.
Die Lieferung erfolgt auf Wunsch auch durch unsere Zeitungsträgerinnen.
Buchhandlung der Volksstimme,
Große Ulrichstraße 27. Fernruf 5407.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200824-16/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Referentenvereinigung. Donnerstag 8 Uhr abends in Wilsdorfs, Karlstraße: 1. Vortrag des Gen. Kunze-Halle über die politische Lage. 2. Vortrag des Genossen Siebe über Steuerabzug. Anschließend freie Aussprache. Parteigenossinnen und Genossen sind als Gäste freundl. eingeladen.

Eine Volksbühne für Halle!

An die Hallische Bevölkerung.

Der ermüdenden Berufsarbeit, dem aufreibenden Ringen des Tages muß der erbauende, den Geist und den Charakter bildende Abend folgen. Nach der Unrast des Tages: abendliche Weihe durch die Kunst!

Die Kunst allem Volke!

Aber nicht von oben dargeboten, nicht als Geschenk gegeben, nicht als Wohltat gespendet. Nein. Das Volk soll sich seine Organisation für Kunstpflege selber schaffen.

Die glückliche Stunde für einen Volksbühnenverein in Halle ist geschlagen. Alle Vorbedingungen sind da. Es fehlt nur der Ruf zur Tat.

Wohlan: **wir rufen das Volk zum Werk!** Die erste Werbestufe ist bereits geformt.

Unsere Beglaubigung ist eine gute. Wir stammen aus allen Volkskreisen, wir umfassen alle Strebungen und Strömungen von links bis rechts. Aber wir lassen hier die sozialen Unterschiede daheim und betonen für diese große Volssache nur den gemeinsamen Willen zur Kunst und Kultur. Unser Streben ist dem Ziel: Wie sichern wir gemeinsam dem ganzen Hallischen Volke vollendete Theaterkunst?

Die Frage ist gelöst — wenn Tausende den Weg beschreiten.

Der Stadt Halle gehört das Thaliatheater. Die Künstler des Stadttheaters sind verpflichtet. Ein Volksbühnenverein mit Tausenden von Mitgliedern könnte sich zu angemessenen Preisen vortreffliche Vorstellungen sichern. Er wird seinen Aufgabenkreis erweitern durch Veranstaltung von künstlerischen und literarischen Abenden. Alle Beteiligten sind willig, alle Kräfte bereit.

Die „Volksbühne" würde sich die Stücke selbst bestimmen können. Die herrlichsten Werke der Klassiker, die besten Stücke der Moderne, die beachtlichsten Arbeiten der Sucher und Stürmer — alles kann aufgeführt werden, wenn die Volksbühne es beschließt.

Volle künstlerische Selbstverwaltung durch den künstlerischen Vorstand und die Generalversammlung!

Das ist das eine große Prinzip.

Und das andere ist: **völlige soziale Gleichberechtigung an der Stätte der Kunstdarbietung.** Die Mitglieder der Volksbühne vereinen sich zu Abteilungen, die bei den Vorstellungen einmal in den ersten fünf Reihen, dann in den nächsten fünf Reihen und so fort die Plätze einnehmen. Es gibt keine Bevorzugung — und auch der so oft verstimmende „Zufall" bei der Auslosung der Plätze wird vermieden.

Jedes Mitglied hat völlig gleichen Anteil — an der Mitbestimmung wie am Kunstgenuß.

So erbaut sich aus dem Volk heraus die freie Kunstgemeinde.

*

Nun laden wir die Einwohner Halles zur Gründung ein. Alle Volkskreise sollen sich ihren Anteil am großen Werke sichern.

Am Sonntag, den 5. September, vormittags 10½ Uhr, wird im Thaliatheater die Gründungsversammlung sein.

Alle Vorarbeiten sind im Gange, der Gründungsversammlung werden wichtige Vorschläge gemacht werden können. Sie wird den künstlerischen und geschäftlichen Vorstand zu wählen und die erste Vorstellung für Mitte Oktober vorzubereiten haben.

Und nun auf zur Tat! Wer möchte säumen, wenn zum Aufbau edler Volkskultur gerufen wird?!

Wir rufen alle Strebenden: Kommt, helft, schafft euch und dem Volke

die große, freie, sich selbst verwaltende Kunstgemeinde!

Bacher, Vorsitzender der Literarischen Gesellschaft; Emil Bartel, Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften; Wilhelm Bender, Vorsitzender des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten, Ortsgruppe Halle; Karl Bock, Schriftleiter (Volksblatt); Wilhelm Borchardt, Gewerkschaftsbund der Angestellten; Kurt Borges, Kaufmann, Stadtverordneter; Theodor Braun, Bevollmächtigter des Deutschen Bauarbeiterverbandes; Artur v. Broecker, Pfarrer; Paul Dürrfeld, Post-Betriebsassistent, Allgemeiner Reichsverband deutscher Postbeamten; Martin Feuchtwanger, Redakteur (Saale-Zeitung); Dr. August Finger, Universitätsprofessor, Stadirat; Frischeisen-Köhler, Universitätsprofessor; Fritz Franke, Studienrat; Otto Gittel, Bevollmächtigter des Fabrikarbeiterverbandes; Frl. Dr. Agnes Gosche, Direktorin der Städtischen Frauenschule; Hermann Haase, Rektor; Professor Hahne, Direktor des Provinzialmuseums; Paul Hennig, Stadtverordnetenvorsteher; Paul Hopf, Angestellter des Metallarbeiterverbandes; Paul Horn, Bildhauer; Wilhelm Jost, Stadtbaurat; Prof. Dr. Wilhelm Kaiser, Studienrat; Otto Kilian, Stadtrat, Vertreter des Vorstandes der USP.; Martin Knauthe, Architekt, Vorsitzender des Hallischen Künstlerrates; Hedwig Krüger, Stadtverordnete, Vorsitzende der USP.-Frauenorganisation; Richard Kutzschbauch, Vorsitzender des Arbeiter-Bildungsausschusses; Franz Lehmann, Bevollmächtigter des Deutschen Eisenbahnerverbandes; Wolfgang Liepe, Dr. phil. Privatdozent; Karl Matthes, 1. Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes; Paul Menzer, Universitätsprofessor; Albert Müller, Stadtverordneter, Vorsitzender der SPD.; Konrad Pohl, Chefredakteur (Hallische Nachrichten); Reinhold Riecke, Rechtsanwalt und Notar; Julius Ritter, Kaufmann, Stadtverordneter; Emil Saupe, Rektor, Vorsitzender des Hallischen Lehrervereins; Herm. Schlimme, Angestellter des Transportarbeiterverbandes; Hans Seydel, Bürgermeister; Reinhold Simon, 2. Bevollmächtigter des Holzarbeiterverbandes; Margarete Schrecker, Stadtverordnete, Sekretärin der Gewerkschaft der Heimarbeiterinnen; Artur Schröter, Bevollmächtigter des Buchdruckerverbandes; Konrad Stehr, Vorsitzender des Zentralverbandes der Angestellten; Otto Stummer, Vorsitzender des Arbeiter-Bildungsvereins Trällwitz; Paul Täumel, Redakteur (Volksstimme); Paul Thierlch, Direktor der Handwerker- und Kunstgewerbeschule; Eugen Teuscher, Spielleiter am Stadttheater; Heinrich Waentig, Universitätsprofessor; Emil Winkler, Vorsitzender des Kartells der freien Gewerkschaften; Zwanzig, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.

Anfragen und Zuschriften an den Arbeitsausschuß sind zu richten an Stadtverordnetenvorsteher Hennig, Harz 42/44, Fernsprecher 1045.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 24. August 1920.

Die Zusammenfassung der Betriebsräte.

Ein Beitrag zur Urabstimmung am 29. August 1920.

Seit vielen Wochen hält nun die Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte bereits die gesamte hallische Arbeiterschaft in Spannung. Und trotz der vielen ungezählten Versammlungen, Konferenzen, Sitzungen und dergleichen, war es bis auf den heutigen Tag nicht möglich, eine Einigung nach irgendeiner Richtung hin in dieser so brennend wichtigen Frage zu erzielen. Woran es lag, bis heute und woran es noch liegen möge, daß es nicht möglich, eine Einigung zustande zu bringen, diese Frage möchte ich von dieser Stelle aus nicht erörtern. Das eine aber ist sicher, geht der Kampf zwischen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale und der wirtschaftlichen Räteorganisation in dem Stadium wie bisher weiter, so erleben wir eines Tages für die hallische Arbeiterschaft den Zusammenbruch, den wir vermeiden wollen. Den Schaden hat, wie immer der Kampf auch ausfallen möge, nur die Arbeiterschaft selbst. Und man sollte doch endlich mal dazu übergehen, alle Sonderbestrebungen vor dem Interesse der Allgemeinheit hintenanzustellen. Das hallische Gewerkschaftskartell hat sich eifrig bemüht, Klärung in diese Angelegenheit hineinzubringen. Wenn ihm dies bis heute nicht gelungen ist, so trägt es wahrlich nicht die Schuld daran.

Genau den demokratischen Grundsätzen entsprechend, hat die letzte Sitzung des Gewerkschaftskartells den Beschluß auf Urabstimmung gefaßt. Auch in dieser Frage war das Kartell sich der Verantwortung bewußt und hat nichts unternommen, ohne den Willen der direkt daran interessierten Körperschaften zu reflektieren. Am 29. August d. J. sollt Ihr, Kollegen und Gewerkschaftsgenossen aus allen Organisationen kommen und mit entscheiden, welcher Weg in der Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte in Zukunft für das hallische Kartell maßgebend sein soll. Die Vollversammlung der Betriebsräte am 20. August hat beschlossen, sich nicht an der Urabstimmung zu beteiligen. Ich möchte Euch Gewerkschaftsgenossen von dieser Stelle aus zurufen, folgt dieser Parole, die von der Wirtschaftlichen Räteorganisation ausgeht, nicht. Bedenkt, was am 29. Aug. d. J. alles für die hallische Arbeiterschaft auf dem Spiele steht. Beteiligt Euch alle Mann an der Abstimmung, damit diese endlich ein klares Bild ergibt und Wegweiser für die Zukunft sein soll. Nicht der Hinweis auf die Konferenz vom 6. August d. J. kann maßgebend sein für die Nichtbeteiligung an der Urabstimmung; denn dort waren wiederum nur Funktionäre anwesend. Zeigt am 29. August 1920, ob diese Funktionäre, die den Beschluß faßten, auch wirklich von dem Willen der Masse getragen waren und versäume keiner seine Wahlpflicht zu erfüllen.

An meine Kollegen, Eisenbahner, möchte ich gleich von dieser Stelle noch ein paar Worte richten. Kollegen! auch für Euch gelten sinngemäß meine oben gesagten Worte. Gerade Ihr müßt erkennen, wie unendlich wichtig für unsere Kollegen in den Betriebsräten es ist, daß sie in engster Fühlung und Einvernehmen mit der Organisation die maßgebende Arbeit verrichten können. Die Eigenart des Eisenbahnbetriebes erfordert in fast allen Beziehungen gegenüber anderen Betriebsarten auch besondere Maßnahmen. Wir können uns in nichts auf das Betriebsrätegesetz berufen, weil für uns und unsere Kollegen immer nur die Verordnungen über die Bildung von Betriebsvertretungen für die Arbeiterschaft maßgebend sind. Wir sind uns wohl klar, daß irgendeine Form für die Zusammenfassung der Betriebsräte gefunden werden muß. Auch für uns können die Richtlinien des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes nicht immer maßgebend sein. Ich will damit nicht sagen, daß sie vollständig wertlos seien, nein keineswegs. Aber ich wage zu behaupten, daß sie auch für uns noch nicht allen Anforderungen genügen können, daß ständig daran gearbeitet werden muß, um Verbesserungen hereinzubringen. Aber sind denn die Richtlinien der Wirtschaftlichen Räteorganisation etwa vollständiger oder gar schon „unfehlbar"? Auch hier wage ich wieder, diese Frage zu verneinen. Trotzdem die Richtlinien des A. D. G. B. noch nicht die erforderliche Vollkommenheit zeigen, war eine Sonderorganisation für die Zusammenfassung der Betriebsräte überhaupt nicht notwendig. Alle die anfallenden Aufgaben für die Betriebsräte können viel besser innerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens der Organisation gelöst werden, als daß man dazu noch irgendeinen komplizierten Apparat in Bewegung setzen muß. Gerade aber, weil man die Richtlinien des A. D. G. B. als nicht vollkommen bezeichnen kann, hat unser Hauptvorstand mit Zustimmung des erweiterten Hauptvorstandes besondere Richtlinien für die Arbeit der Kollegen in den Betriebsräten herausgegeben, die bis zum ersten Reichsbetriebsräte-Kongreß für alle Betriebsräte im Eisenbahnbetriebe, sowie für freien Gewerkschaften angehören, Leitschnur in ihrem künftigen Wirken sein sollen. Das neue Beamtenrätegesetz ist in Vorbereitung. Nach diesem soll ein einmütiges Arbeiten zwischen den Beamten- und Arbeiter-Vertretungen erfolgen. Könnt Ihr glauben, daß dies eintritt, wenn Ihr die Betriebsräte mit Leib und Seele der wirtschaftlichen Räteorganisation verschreibt? Glaubt Ihr, daß unsere zu wählenden Beamtenräte sich auch fernerhin mit allerlei gelben und sonstigen unklaren Elementen an einen Tisch setzen wollen, um gemeinsam mit diesen, sonst so gering von freigewerkschaftlicher Organisation denkenden Auch-Kollegen, wichtige, die freie und moderne Arbeiterbewegung berührende Fragen, zu verhandeln? Wenn Ihr Euch dies alles überlegt, dann kann die Entscheidung, die Ihr zu fällen habt, am 29. August nicht schwer sein.

Wir wollen eine Einheitsfront für alle. Einigkeit für die gesamte arbeitende Bevölkerung, gleichviel ob Hand- oder Kopfarbeiter, und darum ist es notwendig, alles trennende zu meiden, persönliche Gegensätze zurückzustellen, damit wir endlich wieder eine einige und besonders eine einige freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft bekommen, die alle Kräfte für kommende Kämpfe gegen den Ausbeuter Kapitalismus zusammenfaßt.

Hallische Gewerkschaftskollegen! Sonntag, den 29. August ist Euer Schicksalstag! Versäume keiner, seinen Willen zur Mitarbeit für künftige Zeiten zu bekunden, und das kann nur sein in der Abgabe der Stimmzettel **für die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.**

Franz Lehmann, Eisenbahner.

Die Kunst zu kaufen.

Hierüber spricht heute, Dienstag, den 24. August, abends 8 Uhr in „Wilsdorfs Gesellschaftshaus", Karlstraße Nr. 14, in einer

öffentlichen Frauenversammlung,

die von der Frauengruppe des Sozialdemokrat. Vereins einberufen wird,

Gen. Prof. Dr. Waentig

Das Verhalten des Magistrats, Halle, bei Entlassungen.

Die Hilfsangestellten beim Magistrat schreiben uns:

„Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß bei den Behörden und Kommunen sogenannte Kriegsaushilfen eingestellt wurden, um die erhöhte Arbeit zu leisten. Seit einiger Zeit ist nun darüber ein scharfer Kampf entbrannt, daß die Kriegsaushilfen (Hilfsangestellten), angeblich infolge Abbau der Zwangswirtschaft, zum großen Teil entlassen werden sollen, was an sich natürlich erscheint; die Sache hat doch aber einen Haken. Wenn man in die hiesigen Betriebe des Magistrats sieht, wird man finden, daß überall mehr Arbeit zu bewältigen ist, als geschafft werden kann. Dem Magistrat scheint es gleichgültig zu sein, daß die Arbeit mit nach Hause genommen werden soll und Ueberstunden ohne Vergütung gemacht werden müssen. Man kann seit vielen Monaten beobachten, daß dieses tatsächlich geschieht und dabei das teure Licht in den Büros nicht geschont wird. Es ist notwendig, daß der Versuch zur Sparsamkeit gemacht wird, nur muß man hier nicht bei den wirtschaftlich Schwächeren anfangen, indem durch die Verlängerung der Arbeitszeit nun 140 und mehr Kriegsaushilfen (Hilfsangestellte) auf die Straße gesetzt werden, wie es der Magistrat beabsichtigt.

In den Dienststellen sitzen viele junge Damen, nicht immer Kriegsaushilfen oder Hilfsangestellte, die während des Krieges oder kurz vor dem Kriege beim Magistrat ihren Einzug hielten, und es fertig gebracht haben, bald festangestellt zu werden, d. h. auf Privatdienstvertrag. Hier sind sehr viele, die es sicherlich nicht nötig haben, einem Erwerb nachzugehen. Deren Eltern leben in guten, teilweise in sehr guten Verhältnissen, und könnten ihre Vaterlandsliebe hier dadurch erweisen, daß sie ihre Töchter in der Uebergangszeit selbst genügend unterstützten und damit Stellen für Kriegsteilnehmer, für Verheiratete und sonst wirtschaftlich Schwächere frei machten. Daß der Magistrat es zuläßt, daß sogenannte Beamtentöchter, ja selbst Magistratsbeamtentöchter, seit Jahren in solchen Positionen als Hilfsangestellte tätig sind, ist sehr bezeichnend. Selbst der hallische Demobilmachungskommissar scheint, wir sagen ausdrücklich „scheint" hier machtlos zu sein und die Regierung unterstützt ihn durch Stillschweigen. Aehnlich, aber noch krasser treten die Fälle bei einzelnen männlichen Hilfsangestellten, d. h. solchen, die erst durch Tarif zu Hilfsangestellten wurden, hervor. Da sitzen trotz Demobilmachungskommissar, trotz Regierung, trotz aller Ermahnungen der Angestelltenvertretungen, noch immer Herren auf bevorzugten Posten, die ihre Stellungen im Magistrat nur als Nebenbeschäftigung auffassen können. Herren mit ziemlich hoher Pension, Herren mit 50—70 000 Mark Vermögen, die ihr Friedensgeschäft nach wie vor ausführen, Herren mit Einnahmen aus drei bis vier Quellen, aber Intimusse der Dienststellenleiter und höherer Beamten, und deshalb „unentbehrlich". — Ja, wer den Papst zum Schwager hat kann Kardinal werden. — Wieviel Hilfsangestellte gibt es, die im Kriege alles verloren und in hitzerte Not geraten würden, wenn sie von der Stadt entlassen würden. Will man sparen, dann soll man am richtigen Ende anfassen; sortiere man erst einmal genau unter den fest Angestellten und teilweisen Hilfsangestellten (Kriegsaushilfen) selbst, auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse, dann könnten unseres Wissens nach, wenn unter allen Umständen Entlassungen vorgenommen werden sollen, diese wenigstens in gerechter Weise erfolgen.

Es wäre überhaupt notwendig, der Magistrat kümmerte sich einmal mehr um die Betriebe, hauptsächlich um einen Teil der wichtigsten Kriegswirtschaftsbetriebe. Da sollte einmal eine gründliche Revision vorgenommen werden. Im Laufe der Zeit könnten wir noch mehrere interessante Details anführen, verzichten aber darauf, in der Erwartung, daß diese Anregung in der Oeffentlichkeit genügen wird, die Verhältnisse in gerechter Weise zu ändern."

Vom Magistrat wird uns dazu kurz mitgeteilt, daß Entlassungen von Hilfskräften infolge der verlängerten Arbeitszeit und durch den teilweisen Abbau der Zwangswirtschaft unbedingt notwendig sind. Es ist aber selbstverständlich, daß diese so vorgenommen werden müßten, wie es im sozialen Interesse liegt. Wir sind der Auffassung, daß es bei einigem guten Willen nicht schwer fallen dürfte, die notwendig werdenden Entlassungen in gerechter Weise vorzunehmen. Es müssen hier Mittel und Wege gefunden werden, eine Schädigung der wirtschaftlich Schwachen zu verhüten, denn mit einer weiteren Belastung des Erwerbslosenfürsorgeäsdels ist der Volksgesamtheit auch nicht gedient.

Nochmals: Die Backgelderhöhung.

Vom Verband der Bäcker und Konditoren erhalten wir nachstehende Zuschrift: Die hallesche Bäcker-Innung gibt in der Morgenausgabe der „Saale-Zeitung" vom 19. August an, was sie veranlaßt hat, das Backgeld zu erhöhen. Wir hätten uns damit abgefunden, wenn das dort angegebene den Tatsachen entsprechen würde, weil das aber nicht der Fall ist, können wir es nicht unwidersprochen hinnehmen. Sie rechnet uns da vor, daß zum Aufmachen und Backen eines Kuchens ½ Stunde Arbeitszeit gebraucht würde. Da erlauben wir uns schon anzufragen, was in der Zwischenzeit von Aufmachen und Backen eines Kuchens getan wird? Oder darf sich der Geselle bei dem einen Kuchen solange hinzusetzen bis dieser gebacken ist und beginnt dann erst wieder mit der Arbeit? Wer das wagen wollte, würde sehr bald zum Tempel hinausfliegen. Wir sind der Ueberzeugung, daß in dieser Zeit zirka 10 Kuchen aufgemandelt und diese dann zusammen gebacken werden können. Die Hausfrauen kennen ja das aus eigener Anschauung und von uns wird die Innung nicht verlangen, daß wir ihr diese Erzählung glauben sollen. In Wirklichkeit ist es doch so, daß die Kuchenbäckerei außer den „Backtagen" eine Nebenarbeit, Nebeneinnahme und ein Nebenverdienst ist. Wird nun aber diese Zwischenzeit zur Herstellung des Brotes verwendet, so wird diese Rechnung auch eine andere. Wir können aber der Innung nachweisen, daß ihre Brotrechnung auch zahlenmäßig nicht stimmt. Sie rechnet: 50 Brote à 60 Pfg. Backgeld gleich 30 Mk. für Lohn 10,50 Mk., für Heizung 7,50 Mk. Streumehl und Licht 1,50 Mk., für Abnützung und Spesen 3 Mk., das ergibt 28 Mk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200824-16/fragment/page=0005

und bliebe ein Nutzen von 2 Mk. Ach nein, Herr Obermeister, es bleibt dann nur noch ein Nutzen von 1,50 Mk. So wenig, wie zahlenmäßig richtig gerechnet worden ist, ebensowenig richtig sind die Rechnungen im allgemeinen. Vielmehr sind wir der Meinung, daß an 50 Proten, alle Unkosten gerechnet, ein Nutzen von 8 Mk. bleibt, wenn der Meister und ein Geselle dabei tätig sind, es wird aber der Nutzen um 5 Mk. höher, wenn anstatt des Gesellen ein Lehrling mitarbeitet. Daß die Kuchenbleche, die, wenn richtig behandelt, Generationen alt werden, auch die Schwindsucht bekommen, ist uns ganz was Neues. Das war bei der ewigwährenden Nachtarbeit und langen Arbeitszeit eine stark auftretende Krankheit unter den Bäckergesellen. Wenn aber damit gemeint sein sollte, daß die Bleche entwendet werden, so können sich die Bäckermeister unter Namensnennung und Pfandnahme dagegen schützen. Wir sehen nicht ein, daß ehrliche Hausfrauen die entwendeten Bleche mitbezahlen sollen. So viel wie wir wissen, kosten diese 30 bis 35 Mk. Größere Backofenreparaturen kommen höchstens im Jahre einmal vor; kleinere werden doch gewöhnlich vom Meister oder vom Gesellen oder Lehrling ausgeführt. — Die Innung nimmt wohl die 75 Mk. für Kost und Logis auch beim Lehrling in Anspruch, aber mit der Gegenleistung nimmt sie es weniger genau, wie die vorgesetzten Klagen beweisen. Hartnäckig weigert sich ein großer Teil der Meister, die Entschädigung von 5, 10 und 15 Mk. zu zahlen, obgleich diese im Brotpreis auch mit eingerechnet ist. —

Daß der Bäcker-Innung die „Handwerksretter" die Bundesgesellen beispringen würden, war vorauszusehen. Diese stellen sich in den „Hallschen Nachrichten" Nr. 181 den hallschen Hausfrauen als noch größere Rechentünstler wie ihre Meister vor. Und diesen Blödsinn läßt die Innung unwidersprochen, obgleich sie doch eine ganz andere Rechnung aufmacht. Es werden die Hausfrauen gut tun, sie bezahlen freiwillig ein noch höheres Backgeld, da wo Bundesgesellen beschäftigt sind, damit diese nicht noch mehr von Meisters Gnaden abhängen. Wer wissen will, wo solche Schädlinge der Arbeiterbewegung beschäftigt werden, kann es von uns erfahren.

Wir könnten die aufgestellten Behauptungen, resp. die angeführten Gründe, die die Veranlassung zu der Erhöhung des Backgeldes sein sollen, noch mehr widerlegen. Das hier Angeführte wird genügen, um zu beweisen, daß diese Gründe nicht stichhaltig sind."

Der Köthener Putschmacher Oberlehrer Berg verhaftet.

Nach einer Meldung, die uns leider gestern erst nach Redaktionsschluß zuging, ist der Kommunistenführer Oberlehrer Dr. Berg, der in Köthen die verrückte Idee einer Räterepublik verwirklichen wollte, in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Halle, im Hause Schlamm Nr. 1a, verhaftet worden. Wie sich herausgestellt hat, ist Berg Leiter der Abwicklungsstelle in Köthen.

Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruchs.

Aus Arbeitnehmerkreisen wird uns geschrieben: „Der Spruch des hiesigen Schlichtungsausschusses vom 26. Juli d. J., welcher ab 1. August für ledige Arbeiter und Arbeiterinnen im Handels- und Transportgewerbe von Halle und Umgegend statt der bisherigen 60 Proz. nunmehr 75 Proz. und für verheiratete 85 Proz. Zuschlag auf die tariflichen Grundlöhne vom 1. Februar bestimmte, ist unterm 21. August von dem Demobilmachungskommissar in Merseburg für verbindlich erklärt worden. Die in Frage kommenden Arbeitgeber haben rückwirkend ab 1. August die neuen Zuschläge zu zahlen."

Die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland. Durch die fortlaufend aus Rußland und Sibirien heimkehrenden ehemaligen Gefangenen, ist es gelungen, Nachrichten aus den dortigen Lagern und über die noch Gefangenen zu erhalten. Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, Berlin SW. 68, Lindenstraße 35, veröffentlicht diese Nachrichten in seinen „Mitteilungen" und ist auch bereit, den Angehörigen Auskunft zu geben, soweit die Anfragen letzterer sich auf nachweislich in Gefangenschaft Geratene beziehen und ein Lager bezw. eine Stadt in Rußland, Sibirien, Turkestan, genannt werden kann, aus der der Betreffende aus der Gefangenschaft geschrieben hat. Desgleichen fertigt der Volksbund über solche Gefangene mit Photographien versehene Suchlisten aus, die den Heimkehrenden in den Durchgangslagern und auf den Schiffen vorgelegt und auch nach Moskau gesandt werden. Gesuche um Ausfertigung der Suchlisten, denen die genauen Personalien und Photographie sowie das russische Lager, aus dem die letzte Nachricht stammt, beizufügen sind, können bis zum 15. September der Bundesleitung in Berlin eingesandt werden.

Z. d. A. und Krankenkasse. Der Zentralverband der Angestellten hat wie andere freigewerkschaftliche Organisationen von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß die straffste Zusammenfassung aller Krankenkassen nötig ist. Er hat sich infolgedessen stets gegen die Sonderkassen gewandt und auch die Ersatzkassen der kaufmännischen Angestellten-Organisationen aufs schärfste bekämpft. Leider ist es ihm aber trotz aller Bemühungen nicht gelungen, die gesetzgebenden Körperschaften von der Notwendigkeit der Beseitigung der Ersatzkassen zu überzeugen, im Gegenteil, man hat im Jahre 1919 den Ersatzkassen noch weitergehende Rechte eingeräumt als in der vorrevolutionären Zeit. Die Mehrheit der Nationalversammlung betrachtet die Ersatzkrankenkassen eben von rein politischen Gesichtspunkten. Die Ersatzkrankenkassen der kaufmännischen Angestellten sollen einen Damm bilden gegen das Abschwenken der Angestellten in das freigewerkschaftliche Lager. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages ist natürlich erst recht nicht zu erwarten, daß eine Einengung der bestehenden Ersatzkrankenkassen vorgenommen wird und darum sah sich der Zentralverband der Angestellten veranlaßt, dem Drängen großer Mitgliederkreise folgend, einen Vertrag mit einer schon bestehenden Ersatzkrankenkasse abzuschließen, der den Mitgliedern des Zentralverbandes der Angestellten erhebliche Vorteile bietet. Der Zentralverband der Angestellten weiß, daß viele tausende von Angestellten, besonders diejenigen, deren Einkommen über 15 000 Mk. beträgt, heute nur noch in den Harmonieverbänden sind, weil eben diese Verbände eine Ersatzkrankenkasse haben. Jetzt ist auch für diese Angestellten die Möglichkeit gegeben, aus den bürgerlichen Verbänden auszuscheiden und sich der freigewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Aufnahmepapiere für die Krankenkasse sind bei den Geschäftsstellen und Ortsleitungen des Zentralverbandes der Angestellten zu haben.

Der L. Schreberverein Halle-Süd hat auch in diesem Jahre eine Ferienkolonie in seiner am Besener Weg belegenen Gartenanlage unterhalten. Wie in früheren Jahren wurden auch diesmal von der Schule ausgewählte, vom Schularzt untersuchte, kränkliche und unterernährte Kinder, denen es nicht vergönnt war, auf dem Lande Aufnahme zu finden, dem Verein überwiesen. Manch bleiches und abgehärmtes Gesicht konnte man bei der Aufnahme erblicken, wie sagbaft wurden anfänglich die an die Kinder gerichteten Fragen beantwortet; aber die warme Anteilnahme an dem Geschick der Kinder von seiten der Leiter und Leiterinnen ließ das Eis bald schmelzen und lautes Lachen und Heiterkeit ertönte auf dem großen, weiten und schönen Spielplatze. Der hallische Magistrat sowohl als auch mildtätige Bürger und hilfreiche Hände halfen durch Hergabe von Barmitteln das Werk krönen, und so konnte täglich 150 Kindern der Tisch gedeckt werden. Das Mittagessen, von der hilfsbereiten Mietin des Schreberhauses bereitet, war es nun Reis oder Haferflocken oder frisches Gemüse, mundete den Kindern bei immer regem Appetit vortrefflich. Nachmittags gab es Kaffee mit Zwiebäcken. Vor- und nachmittags wurde mit den Kindern unter Leitung von eigens zu diesem Zwecke angenommenen Spielleiterinnen gespielt, oder es wurden Badegänge in die Saale und Elster veranstaltet, Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung oder Dampferfahrten unternommen. Wie mancher Kränklichkeitsfleck mag durch den Aufenthalt in der gesunden frischen Luft unterdrückt, wie manche Krankheit zum Stillstand gekommen sein. Da die Mittel in diesem Jahre nur sehr spärlich eingegangen waren, mußte sich der Verein nach anderen Einnahmequellen umsehen. Da war es zunächst die Wohltat der Kinderhilfsmission der religiösen Gesellschaft der Quäker von Amerika, die in dankenswerter Weise eingriff. Durch diese Hilfe konnte den Kindern nicht nur ein abwechselungsreicherer, sondern auch reichhaltigerer Tisch bereitet werden, an dem an verschiedenen Abenden der Woche warmes Abendbrot nebst Kakao mit selbstgebackenen weißen Brötchen usw. gereicht werden konnte. Um noch weitere Barmittel für die Ferienkolonie zu erhalten, veranstaltete der Schreberverein am 8. August ein Wohltätigkeitsfest, und zwar nur zum Besten seiner Kolonie, dem der Erfolg nicht versagt blieb. Der der Veranstaltung vorangehende prächtige Festzug — eine große Menschenmenge hielt die zu passierenden Straßen zu beiden Seiten dicht besetzt — enthielt Wagen, vorwiegend aus der Märchenwelt. Den Abschluß der Ferienkolonie bildete das am 9. Aug. abgehaltene Abschiedsfest. Nachdem die Kinder, alle festlich gekleidet, das Mittagessen in der Kolonie eingenommen, wurde im Beisein der Eltern und geladener Gäste gesetzt, was man gelernt hatte. Reigen und Spiele folgten in buntem Wechsel, und nachdem den Kindern in längeren Ausführungen vor Augen gehalten, wie sie ihre Dankbarkeit in Liebe, Treue und Gehorsam gegen Eltern, Vormünder und sonstige Personen bezeigen sollten, wurden sie mit Kaffee und selbstgebackenem Kuchen bewirtet. Vorträge der Kleinen und allerlei Kurzweil verschönte die Feier. Gesünder an Leib und Seele sind die Kinder den Eltern, der Schule wiedergegeben; Arzt und Schule haben der Kolonie nur neidlose Anerkennung gezollt. Nicht die Stärkungsmittel allein waren es, die die Kinder aufnahmefähiger und gesünder gestalteten, sondern Luft und Sonne haben hierzu nicht zum wenigsten beigetragen. Mögen sich in den nächsten Jahren immer mehr und mehr mildtätige, opferbereite Herzen finden, die durch pekuniäre Unterstützung ermöglichen, daß das von dem I. Schreberverein Halle-Süd vor Jahren begonnene, uneigennützige, von warmherziger Nächstenliebe getragene Werk weiter fortgesetzt werden kann, zum Besten unserer heranwachsenden Jugend, zum Segen der Eltern, zum Wohle unseres Vaterlandes.

Verunglückt. In der Leipziger Straße wurde eine Frauensperson von einem Kraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Sie wurde am Kopfe verletzt und von dem Führer des Kraftwagens der Klinik zugeführt.

Diebereien. In letzter Nacht wurde eine Schaufensterscheibe eines Ohstladens in der Leipziger Straße eingeschlagen und einige Tafeln Schokolade entwendet. — In derselben Nacht wurden in der Gabelsberger Straße zwei des Diebstahls verdächtige Männer angetroffen, von denen ein jeder ein etwa 3 Meter langes Rundholz trug. Als sie die Beamten sahen, warfen sie die Hölzer weg und ergriffen die Flucht. Das Diebesgut ist sichergestellt.

Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln. Nach Mitteilung der Provinzialkartoffelstelle zu Magdeburg ist der Erzeugerhöchstpreis für den Zeniner Frühkartoffeln bis auf Weiteres auf 25 Mark für den Zeniner festgesetzt.

„Die Tochter der Arbeit", der erste Teil des Films: „Der Fluch der Menschheit", zeigt uns in dieser Woche die Leinwand in den C. T.-Lichtspielen, Gr. Ulrichstr. Ein echtes Abenteuerstück wird uns da in guter Rollenbesetzung vorgeführt. Der „Mustiez" eines hübschen Arbeitermädels, die jene gesellschaftliche Anpassungsfähigkeit besitzt, welche nicht grade die Regel ist, verfolgen wir durch 5 Akte. Aus der Gelieben des einfachen Arbeiters „steigt" sie zur Maitresse eines leibhaftigen Barons auf, bringt im „flüchtigen Leben" ihr Geld durch, wird dann von einem Großindustriellen entdeckt und geheiratet und ist schließlich nach dessen nicht gewöhnlichem Tode, Besitzerin vieler Millionen. In der nächsten Woche werden wir dann im zweiten Teil das ehemalige Arbeitermädel „Im Rausche der Milliarden" beobachten können. An dieses dramatische Werk schließt sich ein viel belachtes Lustspiel: „Der Schwarm der höheren Töchter" an, das von orginellen Typen des Humors gegeben wird.

Verlegt auf den 31. August ist Witterungshalber das große „2. Populäre Symphoniekonzert". Es findet am nächsten Dienstag, abends 8 Uhr, in der „Saalschloßbrauerei" statt. Die vorwiegend heitere, prächtige Vortragsfolge ist unverändert, der vortreffliche Musikdirektor Pläß aus München dirigiert, Kammersänger Hans Lißmann-Leipzig singt mehrere Tenorarien — lauter Gründe sich alsbald zu ermäßigten Preise Karten zu holen bei Hothan.

Sipo-Fest. Am 26. 8. 20 — nach dem Sportfest — hat die Sicherheitspolizei Halle in sämtlichen Sälen der Saalschloßbrauerei großen Ball. 2 Kapellen sorgen dafür, daß in beiden Sälen getanzt werden kann.

Allgem. Eisenbahnerverband, Ortsgruppe Halle a. S. Mittwoch, den 25. August, im Restaurant „Mars la Tour", Vertrauensleute und Betriebsräte. Wichtige Organisationsbeschlüsse erfordern die Anwesenheit aller Kollegen.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Mitteilungsblätter für Funktionäre und Betriebsräte-Zeitungen für Betriebsräte können im Büro abgeholt werden. Letztere nur gegen Betriebsratsausweis. Die Ortsverwaltung.

* **Die Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes** schreibt uns: Trotz aller Quertreibereien der Beamtenbündler und Reichsgewerker ist es uns gelungen zu ermöglichen, daß allen Diätaren der Reichseisenbahner die Ausgleichszulage nach dem Reichslohntarif zugebilligt wird.

Metallarbeiter. Mittwoch, abends 7 Uhr, im Volkspark: Versammlung der Schmiede. Die Vertrauensmänner werden gebeten, die Handzettel im Bureau abzuholen.

Transportarbeiterverband. Auf die Dienstag, abends ½8 Uhr, im Volkspark stattfindende allgemeine Mitgliederversammlung sei hierdurch nochmals hingewiesen. Die Mitglieder aller Gruppen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Verbandslegitimation ist mitzubringen.

Wir bitten

unsere Leser und Leserinnen, sich bei Einkäufen auf die Anzeigen in der Volksstimme zu berufen.

Volkswirtschaft.

Die deutschen Kohlenlieferungen. Der „Times"-Korrespondent in Paris meldet, daß die deutschen Kohlenlieferungen bisher ausreichend waren. Während der ersten zehn Tage dieses Monats seien im Durchschnitt 50 000 Tonnen pro Tag geliefert worden.

Kürzlich brachte das „Volksblatt" einen Artikel über den Anschluß an Moskau und hoffte gleichzeitig, daß der im Herbst in Halle stattfindende Parteitag der U. S. P. diesen Anschluß vollziehen werde. Der betr. Artikel hat nun zu einer ziemlich lebhaften Polemik im Kreise der unabhängigen Blätter geführt. Aus dem sich daraus ergebenden Extrakt geben wir die nachfolgende Probe aus der unabhängigen „Magdeburger Volkszeitung". Das Blatt schreibt:

„Unser hallesches Bruderorgan hofft, der nächste Parteitag, den es gern in Halle abgehalten haben möchte, werde den Anschluß an Moskau vollziehen. Es leidet sich eine kleine Boshaftigkeit, indem es auf schwere Kämpfe mit dem „rechten Flügel" hinweist, der in Presse und Führerschaft ziemlich bedeutsam erscheine. Aber, so heißt es dann, wir hauen auf die Massen der sozialistischen Proletarier, der wirklichen Proletarier — — — Wir gestatten uns Zweifel an der Richtigkeit solcher Methoden in der Parteiauseinandersetzung. Was ist ein wirklicher Proletarier? — auch der Schreiber dieser Zeilen ein wirklicher Proletarier? Das sieht sehr dem beliebten Trick mancher Gegner ähnlich, die Handarbeiter gegen die Kopfarbeiter — gegen die aus Idealismus in den Partei tätigen Angehörigen anderer Stände auszuspielen. Wenn die Diskussion über eine ernste Frage schon in solcher Form eröffnet wird, dann kann man sich allerdings auf unangenehme Auseinandersetzungen gefaßt machen. Wir werden uns nicht auf dieses Niveau begeben, (!) sondern dann wenn ein Urteil möglich ist, sachlich und gründlich das Für und Wider erwägen."

Dieser brüderliche Nasenstieber ist für das „Volksblatt" sachlich angebracht, denn auf „Ton" gibt man in dieser „renovierten" Stube schon lange nichts mehr. Jetzt haben sogar seine eigenen Genossen kundgetan, daß sie sich „nicht auf dieses Niveau begeben wollen. Das läßt tief blicken und müßte der Arbeiterschaft zu denken geben.

Gewerkschaftliches.

Keine Reichskonferenz des Zentralverbandes der Angestellten.

In einem Teil der Presse der Unabhängigen Partei findet sich eine Notiz unter der irreführenden Ueberschrift „Reichskonferenz des Zentralverbandes der Angestellten". In dieser Notiz wird davon Kenntnis gegeben, daß fünf Privatpersonen eine Konferenz einberufen. Die Einberufer der Konferenz bezeichnen sich als „Opposition des Zentralverbandes der Angestellten". Zu bemerken ist, daß von den fünf Unterzeichnern drei überhaupt nicht Mitglieder des Zentralverbandes und die anderen beiden durchaus nicht befugt sind, Reichskonferenzen von Zentralverbandsmitgliedern einzuberufen. Die ganze Sache stellt nichts wie eine grobe Irreführung dar, die nur den Zweck verfolgt, Zersplitterung in die Kreise der freigewerkschaftlichen Angestellten zu tragen. Wir sind überzeugt, daß die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten diesen Plan durchschauen werden und sich von den Zersplitterungsabsichten einiger Querulanten und unklarer Köpfe fernhalten.

Zentralverband der Angestellten.

Entlassung von Angestellten bei Behörden.

Das Bestreben der Behörden geht neuerdings dahin, die vielen bei den Behörden beschäftigten Angestellten, auch diejenigen, die bereits vor dem Kriege ihre Beschäftigung dort hatten, zu entlassen. Begründet wird dies damit, daß Beamte aus den aufgelösten Behörden (Kolonialamt usw.) sowie aus den abgetretenen Gebieten untergebracht werden müßten; außerdem müsse den Militäranwärtern der ihnen zustehende Anspruch auf eine Stelle befriedigt werden.

Der Zentralverband der Angestellten hat die Ministerien wiederholt darauf hingewiesen, daß, wenn die beabsichtigten Entlassungen sämtlich erfolgten, eine große Anzahl von Angestellten im Laufe dieses Herbstes stellenlos werden würde, und um Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium gebeten, um eine Abänderung dieser Verfügungen herbeizuführen. Am 10. und 17. d. M. haben Verhandlungen hierüber stattgefunden, ohne daß ein Resultat zu erzielen gewesen wäre. Die Verhandlungen sollen am 24. August fortgesetzt werden. Der Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten wies darauf hin, daß z. B. die Entlassungen bei der Reichsfinanzverwaltung sich keineswegs sachlich rechtfertigen ließen, da sie andauernd in der Presse davon berichtet wurde, daß die Steuergeschäfte schleppend erledigt würden und deshalb der Steuereingang ein unzulänglicher sei.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die Kohlenlieferungen an die Entente.

Essen, 23. August. Wie wir hören, haben die Zwangslieferungen des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats an die Entente Mitte August fast genau die vorgeschriebene Höhe erreicht und bewegen sich auch jetzt auf dieser Höhe.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Beuthen, 23. August. Zur Streiklage im Beuthener Gebiet erfahren wir, daß sich bereits Anfänge in der Wiederaufnahme der Arbeit auf den Gruben zeigen, anscheinend allerdings vorerst nur von deutscher Seite.

Russischer Kriegsbericht.

Moskau, 22. August. (Durch Funkspruch.) Operationsbericht der russ. Sowjetrepublik vom 22. August.

Westfront. Abschnitt Lomsha: Unsere Truppen kämpfen mit dem Gegner, der seinen Angriff nördlich der Stadt Ostrow entwickelt. Abschnitt Brest-Litowsk: Wir verließen die Stadt Brest-Litowsk. Oestlich Wlodawa und Cholm hartnäckige Kämpfe. Abschnitt Galizisch: Unsere Truppen erreichten im ganzen Abschnitt den Fluß Solotaja Lipa und kämpfen um die Uebergänge über den Fluß.

Krimfront: Abschnitt Orechow: Unsere Truppen brechen den Widerstand des sich hartnäckig verteidigenden Feindes und rücken kämpfend vor.

Die Polen in Bialystok.

Königsberg, 23. August. Der polnische Nordflügel hat gestern die Linie Chorzele—Ostrolenka bis zum Narew südlich von Bialystok erreicht. Bialystok ist heute genommen worden. Die Reste der bolschewistischen 4. und 15. Armee sind im Zurückgehen und stehen zwischen der Reichsgrenze und der Bahnlinie Ostrolenka—Bialystok. Die Zahl der über die Grenze tretenden bolschewistischen Truppen wächst stündlich. Bisher sind es annähernd 10 000 Mann. Oestlich Brest-Litowsk und Cholm leisten die Bolschewisten noch Widerstand. In Galizien ist die Lage ungeklärt. Die Lage an der Westfront scheint sich auch dort fühlbar zu machen.

Kongreß der Eisenbahner.

Paris, 23. Aug. Bei dem Kongreß der Eisenbahner der französischen Staatseisenbahnen, die gewerkschaftlich organisiert sind, siegte gestern die gemäßigte Richtung über die extreme. Damit ist die Stellung des Gewerkschaftssekretärs Bidegaray, der vor dem letzten Streik seiner Stellung enthoben wurde, wiederum gefestigt.

Englische Truppen am Schwarzen Meer.

London, 23. August. Eine Moskauer drahtlose Meldung besagt, daß eine englische Streitmacht in Trapezunt gelandet worden ist und die Stadt besetzt hat.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200824-16/fragment/page=0006